

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Freudenquellen.

V.

Die Natur hat sich im Menschen eine köstliche Ausdrucksmöglichkeit geschaffen: das Lachen. Es vermag die ganze Gefühlswelt des Glückes von der stillen Selbsterkenntnis bis zum selbsten Jubel zu durchlaufen. Doch auch für die Dissonanzen des niederen Lebens, für alle niederen Gefühle, die von der gehetzten Schadenfreude bis zur teuflischen Bosheit hat es seine eigenen häßlichen Klänge.

Glücklich die Menschen, die den Reichtum des Lachens kennen, die es gestimmt haben auf die Töne einer reinen, edlen Freude! Nach der ermüdenden, niederdrückenden Tagesarbeit im Kreise der Familie, im Freundeskreise mit ungekünstelten, menschenwürdigen Scherzen spielen können auf dem Instrumente des Lachens, ihm reine, frohe Töne entlocken; das erquickt Körper und Geist, das hält das Herz jung.

Bei äußeren Unannehmlichkeiten, bei flehen Wirnissen, wie sie das tägliche Leben oft bietet, die oft launischen Zusammenhänge auffinden und mit Lachen die Wirnisse lösen: Das verbannt Kummer und Verbitterlichkeit; das bringt in die Eintönigkeit des Tages eine erfrischende Abwechslung.

Bei großen Leiden, nach vielen Enttäuschungen seine Seele aus den Niederungen trostlosen Kummers hinaufsteigen lassen in die Höhe des Ertragens und sie gleich der Sonne nach dem Sturme aus den Wolken heiter lachen lassen: das ist der befreiende Humor der großen Menschen.

Am Abend des Lebens gleich der scheidenden Sonne, mit sich und der Welt versöhnt, in Frieden lächeln können: das ist das Kennzeichen der schönen Seele, in der schon der Abglanz der Ewigkeit wiederstrahlt.

Trompetenstöße des Lärmers.

Das laufende Jahr hat der Deutschen Arbeiterschaft schon eine Anzahl schwerer Kämpfe beschert: Der gewaltige Kampf im Baugewerbe, die langwierige Massenaussperrung in Hagen-Schwelm, das zähe Ringen auf den Vorabend einer Massenaussperrung von circa 400 000 Metallarbeitern führte, dazu die vielen kleineren Bewegungen, wie Dortmund-Lünen, Olsberg, Falkau usw. Diese Kämpfe zeigen uns, daß sich die Arbeiterschaft ansieht, die wirtschaftlichen Wunden der überstandenen Krise auszuheilen und machtvoll empor zu steigen. Der Druck der schlechten Geschäftskonjunktur ist gewichen, ein sehriges Reden, getragen von neuem Mut und kraftvoller Energie, geht durch die Arbeiterwelt.

Deutlich zeigt sich das auch in der zahlenmäßigen Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Die Stagnation infolge der Krise ist überwunden, es geht wieder vorwärts, aufwärts. Die christlichen Gewerkschaften haben — gering geschätzt — im laufenden Jahre bis jetzt schon einen Zuwachs von über 20 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Unser christlicher Metallarbeiterverband verzeichnet im letzten Quartal ein Mehr von etwa 3000 — hat damit den höchsten bisherigen Stand erreicht. — Das darf uns aber noch lange nicht genügen. Hunderttausende unserer gesinnungsverwandten Berufsgenossen stehen noch außerhalb der gewerkschaftlichen Kampflinie. Diese Massen aufzurufen, zu überzeugen und in unsere Reihen einzugliedern, das ist die dringlichste Aufgabe der nächsten Zeit.

Die Situation ist für die Agitation äußerst günstig. Bäte, unermüdete Arbeit, von der sich keiner ausschließen darf, muß auf der ganzen Linie einfließen, mit Energie und Ausdauer durchgeführt werden. Tatkraftige Hilfe und nachhaltige Unterstützung wird uns bei dieser Arbeit gegenwärtig in den konfessionellen Arbeitervereinen im Westen, Süden und Osten. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ Nr. 43 erscheint als Sondernummer, ausschließlich der gewerkschaftlichen Propaganda gewidmet. In Artikeln: Draanisiere Dich!, Wir müssen!, Metall-

arbeiter wacht auf!, Warum nicht?, Das Betrugswesen in den christlichen Gewerkschaften und deren Leistungen, Die Gewissenspflicht der Arbeitervereine u. a. wird die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften den unorganisierten Arbeitern mit Beispielen ins Gewissen geredet. Der Einführungsartikel der Sondernummer lautet:

„Was die Stunde lehrt!“

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird unser Wirtschaftsleben sich bald vom lähmenden Druke der letzten Jahre erholt haben. Damit beginnt eine Periode frischen Strebens für die Arbeiterschaft und eine Zeit der Saat und Ernte unserer gewerkschaftlichen Organisationen.

Welcher Organisationsrichtung wird die zu erwartende Ernte der nächsten Jahre gehören? Der gewerkschaftliche Segen des letzten Jahrzehnts hat wohl auch die christliche Gewerkschaftsbewegung betroffen, aber nicht in ausreichendem Maße. Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörenden Verbände haben in der Zeit circa 200 000 Mitglieder gewonnen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften dagegen weit über eine Million. Ein schreiendes Mißverhältnis zwischen den beiderseitigen Organisationsrichtungen hat sich herausgebildet. Soll es in den nächsten Jahren noch gesteigert werden? Das kann niemand wünschen. Und das darf auch nicht sein. Schwere Erschütterungen unseres gewerblichen, sozialen und sogar unseres politischen Lebens wären unausbleiblich. Die größten Gefahren müßten sich für jeden christlichen Arbeiter dabei herausbilden. Das soll einmal im Zusammenhang dargelegt werden.

Und das weitere: Daß wir heute noch in der Lage sind, daß Neusterse zu verhüten, wenn nur alle katholischen Arbeiter vom gefährlichen Schlafe erwachen, ihre Organisationspflicht erkennen und opferbereit danach handeln. Dazu will die vorliegende Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ beitragen.

Wir lassen diese Nummer ins Land hinausgehen, dem Trompetenstoß des Lärmers vergleichbar. Sie soll wecken, mahnen, Vereinsmitglieder und Betriebsleitungen zum Pflichtbewußtsein und zur Arbeit anfeuern.

Wir rufen es ins Land hinaus, und wer den Ruf hört, soll ihn weitergeben.

Die nächsten Jahre werden die Entscheidung bringen über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung!

Wird sie der Partei der Volksvergiftung, des Klassenkampfes, des Glaubens- und Kirchenhasses gehören, oder uns, der christlichen Arbeiterschaft? Und wird uns die Zukunft Freiheit der Gewinnung und der Organisation lassen oder uns schmächtig in das Tyrannenjoch des sozialistischen Siegers beugen? Die Frage aufwerfen, heißt die Notwendigkeit betonen einer

Waffenrüstung der christlichen Gewerkschaften!

Ähnliche energische Töne findet der „Arbeiter“-München in zwei schon in der vorliegenden Nummer erwähnten Artikeln unter der Ueberschrift: Was die Stunde heischt! Das Verbandsorgan der süddeutschen kath. Arbeitervereine vergleicht die Fahlen der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung miteinander und konstatiert, daß die Sozialdemokratie der christlichen Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiet weit voraus geeilt ist. Darin liege die Schwäche in unserer Frontstellung.

„Hier müssen deshalb alle Kräfte in unserm christlichen Lager einsehen, um diesen wichtigen Flügel in unserer Frontstellung zu stärken und möglichst bald dem Gegner ebenbürtig zu machen. Eine bedeutsame Aufgabe in dieser Beziehung haben unsere katholischen Arbeitervereine zu leisten. Die Notwendigkeit dieser Arbeit ist vom diesjährigen Delegiertentag in Freising erneut allen Vereinen in Erinnerung gebracht worden. Auf der ganzen Linie muß mit dieser Tätigkeit energisch eingesezt werden. Insbesondere im heurigen Winter, so heißt es im Rückblick auf den Delegiertentag in Nr. 36 des „Arbeiter“, muß durch das ganze Verbandsgebiet eine intensive Agitation stattfinden, um die Personalunion zwischen katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften immer restloser durchzuführen.“

Das ist die Parole, die die Stunde heischt. Das müssen wir als katholische Arbeitervereine um unser selbst willen tun. Die energische Förderung der christlichen Berufsorganisationen liegt im Interesse der Selbsterhaltung der katholischen Arbeitervereine und vor von den verächtlichsten Gesichtspunkten aus.“

Das wird des näheren bewiesen aus religiös-sittlichen, aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen:

„Die kapitalistische Produktionsweise drängt den einzelnen Arbeiter mit Notwendigkeit zum Zusammenschluß. Das Resultat ist auf der einen Seite starke Arbeiterverbände, auf der anderen Seite mächtige Arbeitgeberorganisationen. Im ewigen Krieg können die nicht leben und so kommen wir zum korporativen Abschluß des Arbeitsvertrags, zu den Tarifverträgen. In einer Anzahl von Gewerben ist diese Entwicklung schon weit vorgeschritten.“

Diesen Gang der Dinge sucht die Sozialdemokratie ihren machtungrigen Plänen dienlich zu machen. Sie versucht durch Mißbrauch der Tarifverträge ein Arbeitsmonopol für sich zu schaffen, das alle anderen denkenden Berufsgruppen entweder zum Eintritt in die sozialdemokratische Organisation oder zur Aufgabe des bisherigen Berufes zwingt. Im Chemigraphengewerbe und kürzlich im badischen Töpfergewerbe ist den Sozialdemokraten dieser Gewaltakt schon gelungen. Im Buchdruckergerberbe ist das Monopol nur durch den heftigen Widerstand der christlichen Gewerkschaften zum Scheitern gebracht worden, während erst vor einigen Wochen ein ähnlicher Versuch der schweizerischen „Brauergenossen“ mit einer gründlichen Niederlage verholten wurde. Der unabsehbaren Gefahr, die uns hier von der machtungrigen Sozialdemokratie droht, können wir nur durch die Stärkung der christlichen Gewerkschaften wirksam begegnen.“

In demselben Sinne und mit gleicher Energie tritt auch die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“-Reihe, das Verbandsorgan des Verbandes ostdeutscher katholischer Arbeitervereine, für die Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein. Da darf man wohl der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Ernte nicht ausbleiben wird.

Auf unserer Seite muß aber nun mit Ausbietung aller Kräfte gearbeitet werden, um die günstige Situation auszunutzen und fruchtbringend zu gestalten. Die Ortsgruppenleitungen haben die Agitation systematisch in Angriff zu nehmen. An öffentlichen Werbe-, Fabrik- und sonstigen Versammlungen darf nicht gespart werden. Besonders nachdrücklich Augenmerk ist auf die Hausagitation zu legen. Die jetzigen Monate sind die geeignetsten dazu. Und dann muß sich auch der letzte Kollege aus unserm Reihem freudig zur Verfügung stellen, in der mündlichen Kleinarbeit darf keiner verzagen noch weichen. Wir haben am Schluß des letzten Quartals den bisher höchsten Mitgliederstand erreicht, aber das Tempo des Fortschritts muß noch bedeutend beschleunigt werden. Welche Ortsgruppe möchte am Jahreschluß besämt mit leeren Händen dastehen? Und wie viele Ortsgruppen werden mit Stolz und Genugtuung von sich berichten können, daß sie im Jahre 1910 einen bedeutenden Schritt vorwärts getan haben! Drum auf zur Werbearbeit auf der ganzen Linie!

„Sich Berlin's“ letzte Rettungsversuche.

Die Idee, katholische Fachabteilungen im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften zu bilden, ist zuerst im Jahre 1900 durch Herrn Assessor von Savigny verfochten worden. In den folgenden Jahren erschienen dann in der „Germania“ und in der „Trier'schen Landeszeitung“ Artikel, die dies und jenes an den christlichen Gewerkschaften auszuweisen hatten und sich für katholische Gewerkschaften aussprachen. 1902 endlich arbeitete der Verband der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands ein Statut für katholische Fachabteilungen aus, worin den ihm angeschlossenen Vereinen zur Pflicht gemacht werden sollte, die Mitglieder nach Berufsgruppen zu gliedern mit einem gewerkschaftlichen Aufgabengebiet. Der Pfingsttag 1902 abgehaltene Delegiertentag des betreffenden Verbandes lehnte indes die Verpflichtung der Vereine, katholische Fachabteilungen zu gründen, ab; den einzelnen Vereinen wurde lediglich die Errichtung solcher anheimgestellt. 1903 wurde sodann der Feldzug gegen die christlichen Gewerkschaften systematisch eröffnet. Die Herren Vic. Journelle und Dr. Fleischer veranstalteten in Meinfeld, Oppeln, Breslau, Heiligenstadt, Saarbrücken,

Saarbrücken, Trier, Coblenz u. soziale Kurse, von welchen aus die „weiterneuernden“ Theorien von „Sitz Berlin“ ihren Siegeszug antreten sollten. Im Winter 1903 wurde weiter ein mehrwöchiger Kursus für Arbeitersekretäre in Berlin veranstaltet; die 22 Teilnehmer mußten sich durch Unterschrift ehrenpflichtig verpflichten, „einerseits auf Verlangen des Verbandsvorstandes und des Bezirkspräsidenten im Verband der katholischen Arbeitervereine eine soziale Anstaltsstelle oder ein katholisches Arbeitersekretariat zu bilden, andererseits in einer Organisation außerhalb des Verbandes der katholischen Arbeitervereine nicht tätig sein zu wollen.“ Seit dieser Zeit sind inzwischen sieben Jahre verstrichen. Worin bestehen nun die „Siege“ und „Erfolge“ dieser so systematisch und planmäßig eingeleiteten „neuen Bewegung“? Um dies vorweg zu sagen: sie sind alle ausgeblieben. Keine von den großen und selbst von den kleinen Erwartungen haben sich erfüllt!

Die Jahre 1903 bis 1909 bedeuteten für die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere für die gewerkschaftlichen Organisationen eine Vera ungenannte Entwicklung. Die christlichen Gewerkschaften haben sich in der Zwischenzeit, trotz unjünglicher Hindernisse, zu einflussreichen und widerstandsfähigen Organisationen empor gearbeitet. Ihre Entwicklung im Gegensatz zu denjenigen der katholischen Fachabteilungen geht aus folgenden Ziffern hervor. Es hatten Mitglieder:

	1903	1909	Zunahme
Christl. Gewerkschaften (Gesamtverband)	91 440	280 061	+ 188 621
Kath. Fachabteilungen	—	15 887	+ 15 887*

Insgesamt haben sich seit 1903 den gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands 1 153 360 Arbeiter neu angeschlossen, wovon ganze 15 887 auf die katholischen Fachabteilungen entfallen. Der Berliner Arbeitervereinsverband hat allerdings von 1903 bis 1909 seine Mitgliederzahl um ca. 80 000 vermehrt. Was bedeutet aber diese Entwicklung gegenüber derjenigen der drei Konkurrenzorganisationen von „Sitz Berlin“ (Volksverein, katholische Arbeitervereine West- und Süddeutschlands, christliche Gewerkschaften), die in derselben Zeit ihren Mitgliederbestand um über 650 000 vermehrten? Wohl verfolgen die drei genannten Organisationsgruppen durchaus keine einheitlichen Bestrebungen; trotzdem müssen sie in diesem Zusammenhang gemeinschaftlich genannt werden, weil eben „Sitz Berlin“ eine Sammel- und Gegenorganisation gegen die drei bezeichneten Vereinigungen darstellt. Aber auch die 15 887 Mitglieder der katholischen Fachabteilungen haben sich diesen nicht etwa angeschlossen, um sich gewerkschaftlich zu betätigen, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustände nach der „Lehre der katholischen Moral“ — wie „Sitz Berlin“ mit seinem System zu erstreben vorzuzugestalten, nein, sie sind den katholischen Fachabteilungen beigetreten, um aus ihnen hohe Unterstützungen herauszuholen. In Flugblättern sind jahrelang die katholischen Fachabteilungen als die Organisationen angepriesen worden, die in Krankheitsfällen, bei Arbeitslosigkeit u. die höchsten Unterstützungssätze gewährten. Dabei kalkulierten „Sitz Berlin“ also: Streikunterstützung braucht nach unserem System kaum verausgabt zu werden; mithin können die Fachabteilungsstellen für die übrigen gewerkschaftlichen Unterstützungsstellen, bei Beiträgen von gleicher Höhe, wie sie die Gewerkschaften erheben, bedeutend höhere Unterstützungssätze wie diese gewährleisten. Damit sollten die Massen angezogen werden. Indes auch diese Kalkulation hat eben Fiasco gemacht. Auf dem letzten Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ wurde „Stein und Bein“ gemauert darüber, daß an „Unterstützungen 30 000 Mk. mehr als im Vorjahre und zwar zum großen Teile Krankenunterstützung gegeben“, daß in der zweiten Beitragsklasse „20 000 Mk. mehr ausgegeben als eingenommen“ worden seien; daß es ausgeschlossen ist, „daß mit 40 Pfg. Beitrag die Krankenkasse bestehen kann, wenn für diesen Beitrag 12 Mk. Unterstützung pro Woche gezahlt werden“; daß bezüglich des „Krankenunterstützungswesens die geltenden Bestimmungen schärfer zu handhaben“ sind u. Die katholischen Fachabteilungen hatten denn auch bei solcher „Gewerkschaftspolitik“ in 1909 eine Unterstützung von 15 400 Mk. zu verzeichnen, während die christlichen Gewerkschaften im gleichen Jahre ihren Vermögensbestand um 851 299 Mk. vermehrten. So ist denn auch zu beobachten, daß die katholischen Fachabteilungen nach siebenjähriger Wirksamkeit in ihrer Finanzgebarung noch ohnmächtiger vor uns stehen, als in ihrer Mitgliederentwicklung; es hatten:

	Einnahme:		Vermögen:	
	1903	1909	1903	1909
Christliche Gewerksch. (Gesamtverband)	678 252	4 311 595	455 975	5 265 325
Kath. Fachabteilung	—	244 671	—	106 887

Und mit diesen paar Notgroschen soll auf die tiefsteren und vielgestaltigen wirtschaftlichen und

* Mitgliederziffern haben die katholischen Fachabteilungen seit ihrem Bestehen noch nie in der Öffentlichkeit angegeben. Die Mitgliederzahl von 15 887 haben wir dadurch gewonnen, daß wir 44 Wochenbeiträge à 35 Pfg. als Jahresleistung des einzelnen Mitgliedes annahmen und die Gesamteinnahmen der katholischen Fachabteilungen mit dem Jahresbeitrag von 15,40 Mk. dividierten.

gesellschaftlichen Zustände in Deutschland reformierend eingewirkt werden!

Daß „Sitz Berlin“ in sieben- bis achtjähriger Arbeit sich in eine jammervolle Lage hineinandergerückt hat, sehen dessen Vertreter inzwischen völlig ein; man verlegt sich daher zur Motivierung der fast vollständigen Erfolglosigkeit der geleisteten Arbeit auf die Ausrede, daß die „Berliner“ Bestrebungen durch die Tagespresse nicht die erforderliche Unterstützung gefunden hätten. Das ist nicht zutreffend; im Saarrevier, in Trier, in Allenkirch, in Oberschlesien hat es an Unterstützung der katholischen Fachabteilungen durch die Tagespresse nicht gefehlt, und trotzdem sind sie dort ebensowenig wie anderwärts vorwärts gegangen. Während die christlichen Gewerkschaften in 1910 bisher ihren Mitgliederbestand um mindestens 20 bis 30 000 vermehrten, stagniert „Sitz Berlin“ vollständig. Die Auflage des Berliner „Arbeiter“ hat sich in den letzten 10 Monaten um ganze 1000 Exemplare gehoben. Also Stillstand! Jahrelang wurde damit renommiiert, daß die katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ eine günstige Entwicklung aufzuweisen hätten weil sie sich ein breiteres Aufgabengebiet als die katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands gesteckt hätten. Während Mitte 1908 die Auflage des Berliner „Arbeiter“ höher war als jene der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, hat inzwischen letzteres Blatt mit seinem „beschränkteren Tätigkeitsprogramm“ eine Auflage von über 130 000 Exemplare erreicht gegen 111 000 des Berliner „Arbeiter“.

Mit normalen Mitteln ist also „Sitz Berlin“ nicht mehr vorwärts zu bringen; damit ist ihm unter der katholischen Arbeitererschaft kein Resonanzboden zu verschaffen. Deshalb wird in stets steigendem Maße mit anormalen Mitteln gearbeitet! Zunächst hat in letzter Zeit die Zentralkommission des Berliner Verbandes kategorisch verfügt:

1. „daß Mitglieder des Verbandes, die einen Lohn beziehen, der durch von unserer Seite abgeschlossene Tarifverträge festgesetzt ist, durch Bruch ihres Vereinszwanges werden können, den entsprechenden Berufsorganisationen beizutreten;
2. daß überhaupt alle neu eintretenden organisationsfähigen Verbandsmitglieder der Berufsorganisation sich anschließen müssen, und
3. daß ein bezahlter Beizug vom Verein für alle seine organisationsfähigen Mitglieder bindend gefaßt werden kann.“

Wie traurig und verzweifelt muß es mit einer Verbandsmitgliedschaft bestellt sein, die mit solch dramatischen Maßnahmen zur „beruflichen Organisation“ gezwungen werden muß! Daß mit diesen Mitteln keine selbstbewussten Gewerkschaftsstreiter gewonnen werden können, die auch auf den Arbeitsstellen gegenüber den sozialdemokratischen Agitatoren ihre Sache verteidigen, ist für alle Einsichtigen klar. Mit „Beschlüssen“ werden keine Mitglieder gewonnen, die dauernd ihrer Sache treu bleiben und für sie werben sollen.

Weiter hat „Sitz Berlin“ in Ermangelung anderer Mittel, die ihm aus seiner jammervollen Lage herauszuziehen könnten, in den letzten Monaten geradezu mit verzweifelter Anstrengung gearbeitet, um gegen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands ein kirchliches Machtwort zu probuzieren. Wie dabei zu Werke gegangen wurde, spottet jeder Beschreibung. Vielleicht wird später noch auf Einzelheiten zurückzukommen sein. Allein auch diese Bemühungen sind „Sitz Berlin“, wie nunmehr endgültig feststeht, — vorbeigelungen.

Endlich ist, als in dieses Kapitel einschlägig, eine vom Herrn Bischof Windolph-Bochum (der demnächst zur „Berliner“ Zentralkommission übersteuert) verfaßte Broschüre über „das Christentum der christlichen Gewerkschaften“ zu registrieren. Eine tendenziöse Schrift wie diese, die, wie alle „Berliner“ Machwerke, die sich gegen die christlichen Gewerkschaften richten, wieder an die einflussreicheren katholischen kirchlichen Stellen des In- und Auslandes verschickt wurde — selbst in Amerika wollte man damit Geschäfte machen, wie uns Kollege Giesberts berichtet, der gegenwärtig dort weilt, — dürfte noch selten auf dem Büchermarkt erschienen sein. In der Einleitung schreibt der Verfasser: „Nicht die Lust und Freude am Streit hat uns die Feder in die Hand gedrückt, sondern der Wunsch, eine wichtige Frage der Klärung näher zu bringen.“ Und im Schlußwort wird gar ausgesprochen: „Wir verfolgen mit der Herausgabe des vorliegenden Buches keine andere Absicht, als dem Frieden zu dienen.“ Diemeil wird in der Schrift selbst stellenweise eine derart zynische Sprache geführt, daß man sich unwillkürlich an den Kopf faßt und fragt: wie kann sich der Verfasser unterstehen, zu schreiben er verfolge „keine andere Absicht, als dem Frieden zu dienen!“ Höher geht's wirklich nimmer! In Nr. 687 der „Bölnischen Volkszeitung“ schreibt Herr P. Froberger (Trier) unter der Ueberschrift: „Die Konfuktion von Zusammenhängen: eine vergiftende Methode der Polemik“ u. a.:

„Im Laufe von elf Jahren habe ich mir aus einer Reihe von deutschen Zentrumsblättern eine beträchtliche Zahl von Stellen notiert, die mir Fortsetzer auf zeitweiligem Gebiet zu enthalten schienen oder sonstige Entgleisungen waren; rein theoretische Interessen leiteten mich dabei. Nicht wenige dieser Stellen entstammten Blättern, an deren orthodoxer Gestaltung zurzeit niemand zweifelt. Würde ich nun all diese Stellen, mit ent-

sprechend entrüsteten Kommentaren versehen, abrunden, sie in psychologischen Zusammenhang bringen, die Lücken mit begeisterten Programmsätzen über die Reinheit des katholischen Glaubens ausfüllen und einige aktuelle Anwendungen auf Robertsmus und dergleichen machen, so könnte ich ein überaus düsteres Bild der gesamten Zentrumspresse entwerfen, daß vielleicht trotz der falschen Methode noch seine Gläubigen fände. Es wäre aber in Wirklichkeit nur eine einzige große Verleumdung.“

Dieses Zitat liegt sachlich ja neben unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen; die Methode aber, derer sich Herr Bischof Windolph bei der Verfassung seiner Schrift bediente, läßt sich nicht treffender charakterisieren, als es hier geschieht. Mit Zitaten die man in der Absicht der Verfeinerung aus der Tages- und selbst der sozialdemokratischen Parteipresse zusammenjucht und aneinanderklebt, aus denen man dann schließlich die nicht zuzugenden Stellen einfach streicht oder die man dort, wo sie dem erstrebten Zweck hinderlich sind, abbricht, mit solchen Zitaten läßt sich zum Schluß alles beweisen, während doch der Gesamthalt einer solchen Tendenzschrift „in Wirklichkeit nur eine einzige große Verleumdung“ ist.

Nach dieser Gesamtcharakterisierung der Windolph'schen Methode, und nachdem der wirkliche Zweck, der mit der Broschüre beabsichtigt war, nicht erreicht wurde, hiesse ein sachliches Eingehen auf sie dem Verfasser eine Bedeutung beimessen, die er tatsächlich nicht verdient.

Unsere Kollegen ersehen aber aus der Schilderung dieser Gesamtsituation, zur Anwendung welcher Mittel und Wege die Wortführer der katholischen Fachabteilungen fähig sind. Die beste Anwendung aus diesen Vorgängen ist daher: Verstärkte, allseitige und planmäßige Agitation für die weitere Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften. Nicht mit großen Reden und langen grundsätzlichen Deduktionen ist ein ehrlicher und brauchbarer Friede mit den katholischen Fachabteilungen herbeizuführen; dieser kommt nur dann zustande, wenn das Uebergewicht der christlichen Gewerkschaften sich noch bedeutend vergrößert und so die Tatsachen weiter gegenüber den katholischen Fachabteilungen zur Tagesordnung übergehen. Deshalb Kollegen: An die Arbeit! Die Zeit der Ernte ist nahe! Bestellt die Schnitter, damit den christlichen Gewerkschaften in den kommenden Jahren eine reiche Ernte wird. (Generalblatt.)

Der Ausblick des Gesamtverbandes

hielt seine Herbstversammlung am 28. und 29. September in Köln ab. An den Verhandlungen beteiligten sich auch die Redakteure der Gewerkschaftspressen. Zur Erledigung stand die nachstehende Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. Die Situation trat in der Berichtszeit außerlich ein verhältnismäßig ruhiges Gepräge. Hauptaufgabe des Vorstandes war, nach den Kämpfen der vorausgegangenen Jahre wieder auf eine günstigere Allgemeinstimmung für die christlichen Gewerkschaften hinzuwirken. Die darauf abzielende Aufklärung erfolgte u. a. in gemeinsamen Konferenzen von Redakteuren der uns wohlwollend gesinnten bürgerlichen Presse und Funktionären der christlichen Arbeiterbewegung in den betreffenden Bezirken. Namentlich im Westen und Süden des Reiches wurden solche Konferenzen mit gutem Erfolg abgehalten. Sodann wurden in einem größeren Flugblatt vor der breitesten Öffentlichkeit die wahrheitswidrigen Praktiken aufgedeckt, mit denen die katholischen Fachabteilungen im In- und Ausland Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften zu wecken suchen. Die Fachabteilungen leidet bei ihrem lichtlosen Vorgehen der Wunsch, durch Untergrabung des Ansehens der christlichen Gewerkschaften die Blicke von dem gänzlichen Fiasco ihrer eigenen Organisation abzulenken. Dieses Fiasco wurde durch den letzten Jahresbericht schlagend bewiesen; am kräftigsten aber tritt es dadurch in die Erscheinung, daß „Sitz Berlin“ die Mitglieder seiner Arbeitervereine jetzt zwingt, Fachabteiler zu werden. Natürlich sprach auch der weitere Wunsch mit, durch Erweckung von Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften diesen den Zustrom neuer Mitglieder abzuschneiden und denselben eventl. in das eigene Lager zu leiten.

Eine aus evangelischen Arbeitervereinen in hervorgegangene Anregung zur Abhaltung eines nationalen Arbeitertages in Rheinland-Westfalen mit Einschluß der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften wurde nicht verwirklicht, weil die christlichen Gewerkschaften zur Bedingung machten, daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften erst ihre beleidigenden Äußerungen gegen den deutschen Arbeiterkongreß zurückzunehmen hätten.

Einer Einladung der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften zur Teilnahme an einem gemeinsamen Kongreß zwecks Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung wurde nicht Folge gegeben; von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, konnten die christlichen Gewerkschaften, nachdem sie bereits auf ihrem eigenen Kongreß zu der schwebenden Frage Stellung genommen und schon seit längerer Zeit in der gleichen Angelegenheit ihre Mitwirkung an einer gemeinschaftlichen Stellung-

nahme der Arbeiterorganisationen, die der Gesellschaft für soziale Reform angehören, zugesagt hatten, in derselben Frage nicht noch einer dritten Veranstaltung beiwohnen. — Vom Standpunkt der inneren Situation aus erforderte namentlich die Gestaltung der Organisationsverhältnisse unter den Staatsarbeitern die Aufmerksamkeit des Vorstandes. Für die erhöhte Beschäftigung mit diesem Zweige der Arbeiterbewegung spricht einmal die Wichtigkeit des Verkehrswezens überhaupt und dann der Umstand, daß hier durch eine systematische Agitation noch Massen zu gewinnen sind. Das am 1. Mai gegründete Staatsarbeiter-Partei hat alsbald die Arbeit, unter diesem Gesichtswinkel aufgenommen. — Wolf der gelbgrüne „Reorganisator“ des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes, soll, ebenso wie seine allzuzeitigen Nachbeter im sozialistischen Lager, durch den angegriffenen Verband zur Rechenschaft gezogen werden.

Die günstigen Wirkungen der eingangs erwähnten aufklärenden Aussprache mit der Presse traten namentlich beim Bauarbeiterkampf in der korrekten Haltung dieser Presse in die Erscheinung. Aus den Erfahrungen bei der Sammlung anlässlich dieses Kampfes heraus wurde für künftige ähnlich gelagerte Fälle die Herausgabe von Extramarken für zweckmäßig erachtet. Im übrigen soll in dieser Beziehung nicht schematisiert, sondern von Fall zu Fall entschieden werden. — Einem Antrag, der ein entschiedeneres Eintreten für das Genossenschaftswesen fordert, wird mit dem Hinweis begegnet, daß die Propaganda zunächst Sache der Genossenschaften selbst ist, die ja heute über einen eigenen Verband und ein eigenes Organ verfügen.

2. Die nächsten Aufgaben des Gesamtverbandes und der einzelnen Verbände insbesondere hinsichtlich der Agitation, waren der Gegenstand eines ausführlichen Referats des Kollegen Stegerwald und einer anregenden Diskussion. Die allgemeine Situation ist gegenwärtig wieder der sozialdemokratischen Agitation günstig, wie überhaupt die deutschen Verhältnisse der sozialdemokratischen Propaganda sehr in die Hände gearbeitet haben. Die letzten 25 Jahre deutscher Geschichte stellen ein materialistisches Zeitalter dar. In weiten Volksschichten konnte das Fehlen jedweder religiösen Fonds beobachtet werden. Dazu kommt die schnelle Wirtschaftsentwicklung, die Zusammenwürfung des Volkes in Großstädten und Industriekentren, der sprichwörtlich gewordene deutsche Klassenreicht der Bildungsschicht und der Besitzenden etc. Die letzteren Tatsachen bewirken ein übermäßiges Klassenempfinden bei den Arbeitern.

In solcher geistigen Atmosphäre wirkte das von der Sozialdemokratie aufgestellte Gesellschafts- und Wirtschaftsideal doppelt stark auf die Massen ein, zunaeh die materialistische Geschichtsauffassung ihm einen „wissenschaftlichen Halt“ zu bieten schien. Massenarnut auf der einen, überhandnehmender Luxus auf der anderen Seite wirkten mit, den Massenkampf als das Mittel der Erlösung erscheinen zu lassen. Gegenüber diesen extremen Bestrebungen, denen eine Ueberschätzung der Macht der Lohnarbeiter zugrunde liegt, muß die christliche Arbeiterbewegung in den Köpfen der Arbeiter in gesteigertem Maße den Sinn für die Wirklichkeit zu wecken suchen. Diese wirkt das sozialistische Lehrgebäude über den Massen. Die Erfahrung beweist, daß überspannte Demokratie die Brutstätte der Demagogie ist. Die eigene Praxis der Sozialdemokraten schlägt denn auch den Lehrgängen ins Gesicht: in sozialdemokratisch regierten Krankenkassen blüht das Cliquenwesen nicht minder, als in der demokratisch sich gehendenden Republik. Radikaler noch räumt die Wirklichkeit: mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung auf. Der heutige Stand von Kultur, Technik und Volkswirtschaft wäre ohne reiche Konkurrenz und Initiative nie erreicht worden. Wenn die Arbeiter vielfach die ungeheure Komplexität des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus zu wenig einsehen, so deshalb, weil die sozialistische Phrase darüber hintertäuscht. Ihr gilt es daher entgegenzutreten und namentlich darzutun, daß Voraussetzung für die sozialistische Wirtschaftsordnung gleich stark entwickelte Willenskräfte und Pflichtbewußtsein sind; an diesen fehlt es aber und wird es wohl immer fehlen. Inzwischen stellen sich die Anhänger der starren Klassenkampfsidee vollständig außerhalb der schaffenden Welt. Mit dem Erfolg, daß die Sozialdemokratie trotz der großen Stimmenzahl politisch — nach dem Eingeständnis vieler eigenen Führer — einflußlos ist. Von ihrem ferneren Anwachsen aber befürchtet z. B. Rautsky schon heute eine Stärkung der Reaktion.

Intensive Beschäftigung mit diesen Erscheinungen unsererzeit muß die Aufklärung der Arbeiterchaft vorbereiten. In einer solchen Aufklärungsarbeit kommen die christlichen Gewerkschaften umso weniger vorbei, als sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften immer mehr eins werden, wir also mehr noch als bisher mit beiden rechnen müssen. Unsere Agitationsarbeit muß auf eine breitere Basis gestellt werden und zwar auf eine solche, die sich den eigenartigen Verhältnissen, mit denen wir zu rechnen haben, anpaßt. Dieser Verhältnisse können wir nur dadurch Herr werden, daß wir die allen Verbänden gemeinsamen Interessen mehr noch als bisher einheitlich wahrnehmen. Davon ausgehend, beschließt der

Ausschuß zunächst einen weiteren Ausbau des Generalsekretariats. Auf diesem sollen drei Dezernate eingerichtet werden; eines für Pressewesen, dem namentlich auch die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Korrespondenz obliegt; eines für die literarische Verfolgung und Behandlung der Jugendbewegung im engen Anschluß an den Beruf, sowie eines für Organisationsfragen, systematischen Ausbau des Rechtschutzwesens und Vorbereitung und Durchführung sozialer Wahlen, Heranbildung der Vertreter in der sozialen Versicherung. Weiter sollen noch einige Bezirkssekretariate vom Gesamtverband errichtet werden. Schließlich erfordert auch das Zentralrechtshilfsbüro in Berlin eine Umgestaltung. Die Mittel sollen durch eine am 1. Januar in Kraft tretende Erhöhung der Beiträge zum Gesamtverband auf 30 bzw. 15 Pf. (für weibliche Mitglieder) beschafft werden.

Den einzelnen Verbänden erwächst noch insbesondere die Pflicht, die unausgesetzte Weiterbildung ihrer leitenden Beamten zu ermöglichen. Ein Teil auf diese zugeschnittener Kursum wird in Aussicht genommen. Auch müssen diese Beamten möglichst von allem Kleinram entlastet werden, um sich eine ungehinderte Dispositionsfähigkeit zu wahren. Mehr als bisher ist dafür zu sorgen, daß überall der rechte Mann auf den rechten Platz gestellt wird. Die Verbandsführer müssen an das eigene Tun und Lassen selbst den Maßstab strengster Kritik anlegen. Als eine der wichtigsten Fragen ist endlich die Sorge um die Gewinnung von mehr und möglichst tüchtigen Mitarbeitern im Auge zu behalten. Das „Zentralblatt“ soll u. a. zu diesem Zwecke den Verbänden mit einem Exemplar für je 20 (bisher 30) Mitglieder zugestellt werden. Zwecks weiterer Maßnahmen haben einzelne Verbände, wie die Distriktsion, ergab, mit Unterrichtskursen auf breiterer Grundlage erfolgversprechend eingesetzt. Die periodische Abhaltung von zwei- bis dreitägiger Kursen für die Beamten eines bestimmten Bezirks soll in Erwägung gezogen werden.

3. Ueber Neue Aufgaben der Verbände in Gewerben mit vorgeschrittener Tarifentwicklung referierte Kollege Kurjawa. Zur Zeit der Gründung der christlichen Gewerkschaften gab es außer demjenigen für das Buchdruckgewerbe noch kaum irgendwie ausgebaute Tarife in Deutschland. Ende 1909 dagegen wurden 678 tarifliche Vereinbarungen für 137 214 Betriebe mit 1,1 Million Arbeitern gezeichnet. An 785 sind die christlichen Gewerkschaften beteiligt.

Diese vielleicht zu schnelle Entwicklung hat die beteiligten Verbände vor ganz neue Aufgaben gestellt, deren Lösung eine große Sachkenntnis erfordert. Planmäßiges Vorgehen allein schützt vor unliebsamen Ueberraschungen und muß dem zielbewußten Taktieren der stark entwickelten Arbeitgeberverbände gegenübergestellt werden, die namentlich die Festsetzung eines einheitlichen Abfahrtermins und die Entwicklung zum Reichstarif erstreben. Auf unserer Seite muß sich mit gesteigerter Sachkenntnis Verständnis für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge paaren. Bewegungen müssen von allem Anfang an schon in den Bahnhallen auf die Möglichkeit ihrer Durchführbarkeit hin in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht verfolgt werden. Eine Verlegung der Industrie infolge unangebrachter Bewegungen kann nicht nur die Organisationsbestrebungen überhaupt durchkreuzen, sondern schwerste Arbeitslosigkeit obendrein verursachen. Die Statistik ist bis ins kleinste Detail auszubauen. Taktik und Entwicklung der gegnerischen Organisationen sind genau zu überwachen. Die Bahnhallen müssen Betriebsüberichten in Händen haben und ihre Bewegung möglichst ein Jahr lang vorbereiten. Die Entwicklung der Arbeitsnachweisfrage ist im Auge zu behalten und Vorsorge zu treffen, daß nicht die christlichen Gewerkschaften als Minderheitsorganisationen Schaden leiden.

Referent hält den kommunalen, nicht obligatorischen Nachweis für erstrebenswert. Reichstarife sind nur dann zu wünschen, wenn die Verhältnisse insgesamt, besonders auch die organisatorischen, dafür reif sind; sonst könnten sie sich zu einer Gefahr für die Arbeiterorganisationen auswachsen. Die Rücksicht auf Erreichbarkeit darf nie außer acht gelassen werden. In der Diskussion wird die Ansicht vertreten, die Arbeitgeber würden bei ihrem Streben nach gesetzlicher Regelung der Tarifverträge von dem Gedanken an die Möglichkeit der Hartnäckmachung der Arbeiterorganisationen geleitet.

Konferenz der christlichen Gewerkschaften Sachsens.

Die christlichen Gewerkschaftler aller Berufe aus dem Königreich Sachsen hatten am Sonntag, den 9. Oktober ihre Delegierten nach Dresden gesandt. Anwesend waren 80 Beamte und Delegierte, die über 7000 Mitglieder vertraten. Ein kleiner Haufe und doch bemerkenswert, weil im industriellen Sachsen die Sozialdemokratie nicht nur die Arbeiterschaft größtenteils, sondern auch weite bürgerliche Kreise durchsetzt hat. Unter solchen Verhältnissen muß jeder Schritt Boden, jedes einzelne Mitglied erkämpft werden, unter

solchen Verhältnissen wachsen aber auch mutige und überzeugte Mitstreiter und Mitarbeiter heran. Es stand denn auch die Dresdener Tagung unter dem Zeichen flammender Begeisterung und hinterließ die Gewißheit, die 7000 werden stets eine Kerntruppe eine Bürgschaft der Zukunft sein. Da waren in erster Linie die Textilarbeiter, Alter und Jugend, aus Nahe und Fern. Daneben Bergarbeiter in der ersten Uniform ihres Standes, stämmige Metallarbeiter Schuster und Schneider, Buchdrucker usw.

Um 2 Uhr nachmittags eröffnete Kollege Rutscher Vertreter des Gesamtverbandes, die Veranstaltung mit warmen Worten. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, Bureauwahl usw. sprach als Erster Kollege Köhling, Textilarbeiter, über die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften. Er führte folgendes aus:

Die gewerkschaftliche Bewegung ist die notwendige Begleiterin unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Unsere Ausfuhr vergrößerte sich in 20 Jahren um das Doppelte, sie stieg von 1,95 Milliarden im Jahre 1884 auf 3,82 Milliarden im Jahre 1905. Hand in Hand mit diesem rapiden Anwachsen der Produktion stieg natürlich auch die Vermehrung des Standes der Lohnarbeiter und deren Zusammenballung in einzelnen Städten und Bezirken. Dadurch wurden neue Fragen und Probleme aufgerollt, die ihre Lösung in einer starken Interessenvertretung der Arbeiter gebieterisch forderten. Aber die gewerkschaftliche Bewegung war von Anfang an keine einheitliche und hat sich im weiteren Verlauf immer mehr nach verschiedenen Grundrissen entwickelt. Die sozialdemokratischen, sog. freien Gewerkschaften führen ihren Kampf nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zum Endzweck, der Aufhebung des Privateigentums, der Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse. Unter diesem Gesichtspunkte wird auch der Ausspruch der Leipziger Volkszeitung verständlich, die alle gewerkschaftliche Arbeit verweist, wenn diese auch nur eine Minute den fallenden Schritt der Arbeiterkataloge aufhält. Diesen Standpunkt teilt der Genosse Gemoll, dem ein verlorener Streik von 14 Wochen lieber ist, als ein gewonnener von einigen Tagen.

Andererseits stehen die christlichen Gewerkschaften. Sie vertreten die Interessen der Arbeiter häufig weit energischer als die Sozialdemokratie, aber sie achten die Grenzen aller Forderungen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Ihr Ziel ist der gewerkschaftliche Friede. Sie wollen die Hebung der Arbeiter auf geistigem, moralischem und wirtschaftlichem Gebiete, unter Eingliederung in die bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Hierauf sprach Kollege Vogt aus Forst über Verwaltungsaufgaben.

Die Ortsgruppen müssen das Abbild der Verbände im Kleinen sein. Wie dort im Großen, so muß auch hier im Kleinen Arbeitsteilung eingeführt werden. Manche Ortsgruppenvorstände wollen alles selbst tun und wachen eifersüchtig darüber, daß alles durch sie erledigt wird. Solche Gruppen bleiben zurück. Wenn ein Vorsitzender klagt, daß er alles selbst erledigen müsse, so ist der Grund häufig der, er versteht es nicht, sich Mitarbeiter heranzubilden. Dabei ist zu bemerken, daß vor allem die weiblichen Mitglieder sich durch Treue und Eifer auszeichnen. Die Verwaltung soll auch nicht alle Hoffnung auf große öffentliche Versammlungen setzen, die Mitglieder- und Vorstandssitzungen sind meistens wertvoller als jene. Diese Versammlungen müssen aber lehrreich gestaltet werden. Es darf durchaus nicht vorkommen, daß Vorsitzende ohne Tagesordnung, ohne zu wissen, was sie wollen, zur Versammlung kommen. Ein weiterer Punkt, der das Gedeihen der Ortsgruppen wesentlich beeinflusst, ist die genaue und pünktliche Führung aller Listen und Bücher. Hierzu gehört auch der Verkehr mit den Funktionären, die häufig keine oder flüchtige und verspätete Antworten auf ihre Anfragen erhalten.

Kollege Gloger aus Breslau verbreitete sich nun über unsere Stellung zu den Gegnern.

Meistens wird ja in sittlicher Entrüstung viel getan, aber in praktischer Arbeit weniger. Das genügt nicht. Es gilt energig Front zu machen gegen den Materialismus der Sozialdemokratie, es gilt nicht christlich zu heißen, sondern zu sein. Ueberall müssen wir den Kampf aufnehmen. Mancher verurteilt die Umsturzidee aufs schärfste, schweigt aber, wenn die Maulhelden in der Werkstatt mit ihren Phrasen um sich werfen. Dieses Schweigen wird aber meistens als Zustimmung ausgelegt. Neben der Sozialdemokratie gibt es auch noch andere Gegner. Da sind zunächst die Hirsche. In den meisten Ortsgruppen Sachsens sind sie zu leeren Bergmügungs- und Unterstützungvereinen herabgesunken. Setzt den Arbeitern ihr völliges Versagen auf gewerkschaftlichem Boden, und der Erfolg kann nicht ausbleiben. Weiter wuchert in unserem Sachsen die Sumpfpflanze der gelben Vereinigungen. Königstreue, reichstreue und vaterländische Verbände gibt es hier wohl noch mehr als anderswo. Auch da tut Aufklärung bitter not; denn sie sind eine ernste Gefahr für das Aufwärtstreben der Arbeiter. Den Berliner Fachabteilungen gegenüber ist ein ruhiges, aber ebenso bestimmtes Hochhalten unserer Grundzüge am Platze.

Kollege Butscher, der als letzter Redner zu Wort kam, schloß die zahlreichsten der christlichen Gewerkschaften in Sachsen. Seine Ausführungen zeigten, daß auch wir der Zukunft können getroßt

entgegensehen. Auf ehres aber legte er den Hauptwert auf das gemeinsame Arbeiten in allen Orden und Bezirken. Wir müssen immer noch mehr lernen, daß wir nicht nur unserer Berufsorganisation angehören, sondern zu einem großen Gesamtverbande zusammengeschlossen sind und das ist unsere Hauptstärke. Nun gilt es aber weiter arbeiten, das Gehörte in die Tat umzusetzen und somit tätig zu sein für die heilige und gerechte Sache der christlichen Arbeiter.

Alle Redner belohnte stürmischer und wiederholter Beifall. Die Referenten hatten das rechte Wort gefunden und die Begeisterung ließ aller Augen heller leuchten. An der nun einsetzenden Debatte beteiligten sich 16 Redner, bzw. Rednerinnen. Der Grundton war: Wir stehen treu zu den christlichen Gewerkschaften und wollen in steter Arbeit ihre Ideen in die Massen tragen.

Der Abend war schon weit vorgekommen, als Kollege Winter-Berlin das Schlusswort erhielt. Wenn es möglich gewesen wäre, so hätten seine kurzen, aber umso marktgigeren Worte die Begeisterung noch erhöhen müssen.

Kollege Butscher schloß nun unter brausendem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die Versammlung. Allen aber gemeinsam war die Ueberzeugung: Ein schöner Tag, der unsern Mut neu gestählt und befestigt hat. Möge er bald wiederkehren.

Gewerkschaftliches.

Die Bedeutung der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft.

Auf der jüngsten Tagung des christlichen Volksbundes für Belgien hat Professor G. Kurth die Gewerkschaftsidee in der Weise entwickelt, wie es begehrt nicht gedacht werden kann. Bei der Position des Redners verdienen seine Ausführungen mehr wie gewöhnliche Beachtung, wenn auch die romanische Auffassung stark aus ihnen spricht. Kurth war ehemals Professor an der Universität Lüttich und ist jetzt Direktor des belgischen historischen Instituts in Rom. Er sprach über die Kunstorganisation. Seine Ausführungen klangen in folgenden Hymnus auf die Gewerkschaften aus:

Die Gewerkschaft ist eine natürliche und daher nicht unterdrückbare Macht und eine für die Zivilisation nicht entbehrliche Einrichtung. Unseren heutigen Bedürfnissen entsprechend organisiert, wird sie in Zukunft ebenso viel Gutes leisten, wie in der Vergangenheit. Es ist ein eigen Ding, in solcher Sache den Propheten spielen zu wollen; immerhin aber scheinen die Hauptlinien der Bewegung bereits in allgemeinen Umrissen den Aufbau der zukünftigen Gesellschaft zu zeichnen. Wenn einmal die Gewerkschaften überall und mit Regelmäßigkeit organisiert sein werden, dann wird sich das konstitutionelle System in der Werkstatt vorfinden, so, wie es bereits lange im Staate besteht; der Absolutismus des Kapitals wird aufgehört haben zu leben, und die Harmonie wird das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern beherrschen. Vornehmlich in den Gewerkschaften wird in sachverständigem Zusammenwirken die Arbeiter-gesetzgebung ihren Ausbau finden; daraus wird schließlich der internationale Arbeitstod hervorgehen und die allgemeinen Grundsätze in Geltung bringen, die in jedem gesitteten Gesellschaftsleben die Betätigung der menschlichen Betriebsamkeit leiten. Und wenn etwa die Worte, die ich heute ausspreche, die letzten sein sollten, die ich an eine Versammlung richten, so seien sie die Aufforderung: Alle hinein in die Gewerkschaften! Außerhalb der Gewerkschaft gibt es kein Heil für die Arbeiterklasse!

Hört es, ihr Arbeiter, und sagt es weiter! Sagt es allen, die heute noch zögernd und gleichgültig zur Seite stehen.

Gelbe Kongress-Spielerei.

Die gelben Vereine der verschiedensten Schattierungen, die sich „gelb“, „vaterländisch“, „national“, „rechtstreuen“ u. s. f. zu nennen liebten, kamen am 15. Oktober in Magdeburg zu einer sogenannten Verständigungskonferenz zusammen, um eine Zentralisation anzubahnen. Die Hauptrolle spielte ein Baron von Reibnitz, der bekannte Renegat Gustav Ernert und ähnliche Beauftragte diverser Großkapitalisten. Letzter war durch seinen „Bund“-Redakteur Dr. Mathanson vertreten. Etwa 200 Delegierte sollen in Vertretung von über 100 000 gelben Arbeitern anwesend gewesen sein. Befremden muß die Teilnahme hoher Regierungsbeamten hervorrufen. Der Regierungspräsident von Magdeburg scheint über den wahren Charakter der gelben Streikbrechervereine sehr schlecht unterrichtet zu sein, sonst hätte er es nicht fertig bringen können, in den gelben Bestrebungen ein „Gott wohlgefälliges Werk“ zu erblicken. Die Handlanger der gelben Protektoren werden darob jedenfalls verschmigt gelächelt und die gelben Statisten Tränen der Rührung vergossen haben.

Die geplante Zentralisation kam nicht reiflos zustande. Die Rivalität der gelben Handlanger um die zu schaffenden Futtertruppen war zu groß. Die sog. Werkvereine hatten programmwidrig schon am Tag vorher einen „Bund der Werkvereine“ gebildet. Sie verlangten die Führung im neuen Kartell, während Ernert die Führung für sich, d. h. die sogenannten „vaterländischen“ beanspruchte. Nach langen erregten Streitereien wurde ein Antrag von der Mehrheit durchgedrückt dahingehend, „daß die nationalen Arbeitervereine in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen und den Kampf in der Presse vermeiden sollen, ferner ein Kartell nationaler und Werkvereine zu gründen zur Lösung gemeinschaftlicher Fragen, das bis zur nächsten Konferenz die Zeitung vorzuschlagen hat. In persönlichen Fragen dürfe die Einigung nicht scheitern.“ Die „vaterländischen“ Gelben verließen hierauf zum größten Teil das Lokal. Der Streit um das Heil des gelben Bären

läßt eine Einigkeit unter dieser Gesellschaft gar nicht aufkommen. Ein Delegierter aus den Berliner Siemens-Schuckertwerken gab dem Schmerz über diese Uneinigkeit Ausdruck mit den Worten: „Wir haben uns anfangs gegen die Einladung zu der Konferenz ablehnend verhalten. Unsere drei Zeitungen, der „Bund“, die „Wahr“, und die „Deutsche Treue“ liegen sich täglich in den Haaren. (Unruhe.) Wenn die Presse nicht einig ist, werden wir auch nicht einig werden. Auf uns Berliner wird immer herum geschickt. In einem Referat über „staatliche und private Fürsorge“ bezeichnete der Referent Klupp aus Böttlingen mehrere sozialpolitische Gesetze als „Hanswurstereten“, trotzdem wollte er sich nicht gegen die Sozialreform wenden, sondern nur zur Vorsicht mahnen. Die Schanzmacher resp. die Böttlinger Hüttenwerke dürfen mit ihrem Jögling zufrieden sein.

Ueber das den gelben besonders geläufige Thema: „Das Koalitionsrecht und der Schutz der Arbeitswilligen“ referierte ein gelber Bäckereimeister Wischniewski aus Berlin. Nach erster Art scharfmacherischer Unternehmung beschloß man eine Resolution, worin die Vertreter der Gelben, „auf das schärfste protestieren gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Boykottumwesen und weiter geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen verlangen, insbesondere auch ein Verbot des Streikpostenstehens, das gerade in erster Linie den Anlaß zum Koalitionszwang gebe.“

Besser hätte das auch der Zentralverband Deutscher Industrieller nicht machen können. — Zum Schluß der Tagung wurde noch eine Entschließung des Barons Reibnitz angenommen, worin gesagt wird, das Wohl des deutschen Arbeiterstandes stehe und falle mit der Größe und der Macht des Deutschen Reiches. Mit der Einnahme dieses gelben Kongresses können die großindustriellen Auftraggeber wohl zufrieden sein, aber mit der Entwicklung auf keinen Fall. Denn trotz aller künstlichen Aufspiegelung kommen die gelben Gebilde nicht vom Fleck. Sie sind eine widernatürliche Erscheinung und können deshalb nicht von Bestand sein. Halbwegs denkende Arbeiter bringen ihnen nicht nur kein Vertrauen, sondern nur Verachtung entgegen. Die Verhandlungen der Magdeburger Verständigungskonferenz können dieses Gefühl nur bestärken und verschärfen. Entschieden muß aber gegen den Mißbrauch Verwahrung eingelegt werden, den die gelben Streikbrecherkolonnen mit den Worten „vaterländisch“ und „national“ zu treiben wagen.

Berliner „Arbeiter“ und Werftarbeiterbewegung.

Wie wir in Nr. 42 dieser Zeitung schon erwähnten, hat der „Arbeiter“ Sitz Berlin sich schon eine Woche zu früh auf eine Niederlage der Werftarbeiter gefreut und in einem vom Antistreibkoller diktierten Leitartikel einen „Bankrott der Streiktheorie“ daraus zusammen konstruiert. Es kam dann anders, wie der „Arbeiter“ von „Sitz Berlin“ erwartet, oder vielmehr gehofft hatte. Die Werftarbeiter erlitten keine Niederlage, sondern erzielten einen bedeutungsvollen Erfolg. Wohl oder übel mußte das Berliner Organ nun den Rückzug antreten. Was das geschieht, ist äußerst interessant.

In der Woche nachher (Nr. 42) kammerte der „Arbeiter“ sich an die hier und da auftauchende Opposition und Disziplinlosigkeit im sozialdemokratischen Lager als rettender Strohalm für seinen „Bankrott der Streiktheorie“. Wieder eine Woche später war auch dieser Strohalm fortgetrieben und da erklärt der „Arbeiter“, wohl oder übel — man glaubt die Strobdilstränen zwischen den Seilen fließen zu sehen — daß der Friede in der Schiffbauindustrie gesichert sei. Zur Beleuchtung des gequälten Rückzugs von „Sitz Berlin“ lassen wir die drei hauptsächlichsten Punkte in den Artikeln des Fachabteilungsorgans folgen.

„Arbeiter“ Nr. 41:

„Aber, das kann heute schon gesagt werden: die gegenwärtigen Kämpfe bedeuten nichts geringeres, als den Zusammenbruch, den vollständigen Bankrott der Theorien von der Sicherung des sozialen Friedens durch starke Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die sich nach Brentanoschen und Hübnerschen Rezepten auf dem Boden des wirtschaftlichen Machtkampfes gebildet haben.“

„Arbeiter“ Nr. 42:

„Es zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit, daß die Organisationsleiter die Herrschaft über ihre Arbeiter verloren haben und diese mit den schönen Reden der Führer nicht mehr zufrieden sind. So geht es, wenn die Arbeiter mit großer Festigkeit und Leidenschaft in den Kampf getrieben werden. Hier bewahrheitet sich das Wort „die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los“. Das „Sicherheitsventil“ Streikorganisation funktioniert offenbar nicht. Und das nennt sich gute Disziplin!“

Vom „Bankrott der Streiktheorie“ war jetzt schon keine Rede mehr. Nur noch mangelnde Disziplin.

„Arbeiter“ Nr. 43, resp. Fachabteilungsbeilage Nr. 22:

„Somit scheint der Friede in der deutschen Handels- und Schiffbauindustrie vorläufig gesichert, und die Klüfte, die sich durch diesen Kampf zwischen den streitenden Parteien aufgetan, überbrückt zu sein. Hoffen wir das Beste.“

Jetzt ist's auch keine mangelnde Disziplin mehr, jetzt scheint es selbst dem „Arbeiter“ der „Friede“ zu sein. Er hofft (?) wenigstens das Beste.

Das kann wir auch, nämlich, daß dieses Herrbild einer wirtschaftlichen Interessensvertretung der katholischen Arbeiter bald ausgelitten haben möge. Damit Klarheit und Wahrheit in der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands einziehen und sich gegen alle Widersacher behaupten kann.

Streik und Lohnbewegungen.

Der Abschluß des Kampfes auf den deutschen Schiffbauwerken.

Nummehr hat sich auch das Wetterleuchten nach dem Gewittersturm allmählich verzogen. Die erneuten ausgetauchten Differenzen sind, wie in der vorigen Nummer schon kurz berichtet, nach längerem Verhandlungen beigelegt worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat am Donnerstag, den 20. Oktober auf allen Werften, wo noch Differenzen vorhanden waren, begonnen. Die Aufnahme des Betriebs vollzieht sich nach den vorliegenden Berichten — Abgesehen von einer einzelnen Ausnahme auf der Tecklenburg-Werft in Oestermeide — auf der ganzen Linie ohne weitere Schwierigkeiten. Damit ist der mit zäher Hartnäckigkeit geführte Kampf als beendet anzusehen.

Ueber die Beilegung der nachträglichen Differenzen ist noch folgendes zu berichten: Bekanntlich lag die Hauptursache der erneuten Schwierigkeiten in der gegenständlichen Auffassung über die Auszahlung der durch den Streik unterbrochenen Akkorde. Die Arbeiter nahmen die Arbeit unter der Voraussetzung auf, daß die rückständigen Akkordüberschüsse ausgezahlt würden, wie es im Einigungsprotokoll auch niedergelegt war. Die Werftarbeiter — wenigstens ein Teil von ihnen — weigerten sich aber, dem nachzukommen, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß sie eine solche Zusage nicht gemacht hätten. Bei den erneuten Verhandlungen über diesen Streitpunkt haben die Verhandlungsparteien zur Klärung der Sachlage dann folgende Erklärung veröffentlicht:

Zur Berichtigung der vielen unzutreffenden Mitteilungen der Presse über die Differenzen im Werftarbeiterstreik, welche in Sachen der Akkordüberschüsse entstanden sind, übersenden wir Ihnen untenstehend die Abschrift der am 12. Oktober in dieser Sache durch die beiderseitigen Unterhändler erfolgten Feststellung.

Abschrift.

Während der Verhandlungen zwischen den Vertretern des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen äußerten letztere u. a. den Wunsch, daß die Ueberverdienste an den unterbrochenen Akkorden den Arbeitnehmern gezahlt werden, während ersterer geltend machten, daß eine Verhandlung über diese Fragen nicht erfolgen könne, sondern den lokalen Verhandlungen überlassen bleiben müsse.

In der Versammlung vom 6. Oktober abends überreichten die Arbeitnehmervertreter eine Resolution der Konferenz der Werftarbeiter, in welcher als Voraussetzung für die Herbeiführung des Friedens u. a. auch die Sicherung der Anteile an den durch den Kampf unterbrochenen Akkorden beigezeichnet wurde.

Eine erneute Stellungnahme der Arbeitgebervertreter hierzu fand nicht statt.

Die Arbeitgebervertreter und die Werften haben die Auffassung, daß eine Zusage bezüglich der Auszahlung der Akkordüberschüsse nicht erfolgt ist, während die Arbeitnehmervertreter aus dem Umstand, daß nach Ueberreichung der Resolution eine ausdrückliche Zurückweisung dieses Wunsches nicht erfolgt ist, eine stillschweigende Zustimmung folgern.

Beide Parteien sind darüber einig, daß beide sich mit ihrer Auffassung in gutem Glauben befinden.

Die Arbeitnehmervertreter nehmen den in einem Flugblatt gemachten Vorwurf, daß eine Nichtinnehaltung der anerkannten Friedensbedingungen seitens der Werften stattgefunden habe, zurück.

Damit war sachlich Klarheit über diese Meinungsverschiedenheit geschaffen und die Bahn zu weiteren Verhandlungen über die strittigen Punkte geebnet. Diese Verhandlungen haben sich dann bis zum 15. Oktober hingezogen und schließlich auch zu einem befriedigenden Resultat geführt. Die zustande gekommene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Die Wiederaufnahme aller an dem Streik und der Aussperrung beteiligten Arbeiter erfolgt an einem noch festzusetzenden Tage.

Den auswärts befindlichen Arbeitern soll es gestattet sein, sich innerhalb einer Woche von dem noch festzusetzenden Tage an durch mündliche oder schriftliche Meldung für Wiederannahme vormerken zu lassen.

Wer sich innerhalb dieser Zeit nicht gemeldet hat, geht der direkten Annahme durch seinen früheren Arbeitgeber verlustig und hat sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden auf ihren früheren Arbeitsstellen, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises bis Ende Oktober sämtlich wieder eingestellt, und zwar beabsichtigen die Werften, das in drei bis vier Tagen von dem noch festzusetzenden Tage an auszuführen.

Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden die Werften ohne irgend welches Präjudiz (einmalige Ausnahme für diesen Fall) in die alten Akkorde eintreten lassen und ihnen die in Frage stehenden Akkordüberschüsse nach Fertigstellung der betreffenden Akkorde auszahlen.

Falls angefangene Akkorde in der Zwischenzeit durch andere Arbeitskräfte fertiggestellt sein sollten, soll den wieder angenommenen Arbeitern der sich ergebende Ueberverdienst nach Maßgabe derjenigen Zeit ausbezahlt werden, während welcher sie an diesen Akkorden tätig gewesen sind.

Das gleiche Recht sollen diejenigen Arbeiter erhalten, welche bei Wiedereröffnung der Betriebe in Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse in ihre frühere Arbeitsstelle nicht wieder eingestellt werden können.

Solange als eine Werft ihre streikenden und ausgesperrten Arbeiter noch nicht in allen Kategorien sämtlich wieder eingestellt hat, wird sie bei einer Kategorie, in welcher noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt sind, nicht andere Arbeiter durch den Arbeitsnachweis

einsetzen. Diese Zusage erfüllt mit dem 15. November dieses Jahres.

Bei Wiederannahme der Arbeiter wollen die Werften sich mit einer dazu von den Arbeitern gewählten Kommission in Verbindung setzen, zwecks leichterer Durchführung der Wiederaufnahme der Arbeit durch die verschiedenen Arbeiter.

Mit einzelnen Firmen, wie Hamburg-Amerika-Linie und Wörmann-Linie wurden gesonderte Verhandlungen geführt, die ebenfalls zu einer Verständigung führten, sodaß der Frieden nunmehr auf der ganzen Linie hergestellt ist. Das Gesamtresultat der überhaupt gepflogenen Verhandlungen ist in einem Schlußprotokoll niedergelegt worden. Den Wortlaut desselben bringen wir hiermit zum Ausdruck:

Abmachungen des Jahres 1910.

1. Die Arbeitszeit beträgt ab 1. Januar 1911, und zwar mit Beginn der ersten Lohnwoche: a) bei den hamburgischen Werften 55 Stunden pro Woche; b) bei den außerhamburgischen Seeschiffswerften 56 Stunden pro Woche.

2. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend. Die freigegebenen Stunden werden jedoch von den Werften nicht bezahlt.

3. u. 4. Die Hamburger Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften erhöhen den Einstellungslohn für alle Gewerke bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfg. pro Stunde mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pfennig pro Stunde beträgt. Außer dieser Erhöhung der Einstellungslohne wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde bewilligt.

Die außerhamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften machen dieselben Zugeständnisse wie die Hamburger Werften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

Um bei dieser Vereinbarung jeden Zweifel auszuscheiden, wird verabredet, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften auf Grund der bisher gezahlten Einstellungslohne unter Zuschlag der zugebilligten 2 Pfg. festgelegt wird.

Vom 1. Januar 1911, und zwar von der ersten Lohnwoche ab, wird von allen der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften angehörenden Werften als Ausgleich für die bewilligte Arbeitszeitverkürzung 1 Pfg. auf den Stundenlohn aller in Arbeit stehenden Leute gezahlt.

Dieser Zuschlag erstreckt sich jedoch nicht auf die jetzt erhöhten Einstellungslohne.

Arbeiter, welche wegen Arbeitsmangel entlassen worden sind, sollen bei etwaiger Wiedereinstellung an derselben Arbeitsstelle mit dem Lohnsatz eingestellt werden, welchen sie bei ihrer Entlassung gehabt haben.

Bemerkung: Geh. Aural Herr Flohr erklärt auf Anfrage, daß unter Arbeitsstelle Werft verstanden sein soll.

5. Grundsätzlich werden die Akkordsätze auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann; daher lehnen die Werften im Prinzip eine Garantie des Ueberverdienstes ab.

Akkorde, welche bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeit verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen seitens der Werften richtig gestellt werden.

Die Werften werden sich bemühen, soweit die Art der Arbeit es zuläßt, die Preise für möglichst alle Akkorde vor Uebernahme der Arbeit dem mit der Ausführung derselben betrauten Arbeiter bekannt zu geben.

6. Für die Auszahlung der Akkordüberschüsse bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit bleiben die Bestimmungen der Arbeitsordnungen maßgebend. Die Werften lassen hinsichtlich dieser Bestimmungen der Arbeitsordnung eine Erleichterung insofern eintreten, als sie auf Seite 7 Absatz 2 der Arbeitsordnung der Firma Blohm u. Bock vom 15. März 1908, welche diesem Protokoll beiliegt, angegebene Frist von 10 Wochen auf 6 Wochen herabsetzen.

7. Die Forderung: (Gleichmäßige Verteilung des Akkordüberschusses nach Kopf- und Stundenzahl der beteiligten Arbeiter.) wird nicht zugestanden, da sie eine ungerechtfertigte Benachteiligung der leistungsfähigen Arbeiter zugunsten der weniger leistungsfähigen Leute darstellt.

8. Die Auszahlung des Akkordüberschusses erfolgt bei kurzen Akkorden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung.

9. Die Werften werden für möglichste Verkürzung der Akkorde Sorge tragen und Abschlagszahlungen bei länger andauernden Akkorden wie bisher in liberaler Weise vornehmen.

10. Ueberzeitarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten. Insbesondere bei Reparaturarbeiten ist dieselbe nicht zu vermeiden und muß deshalb entsprechend den Vereinbarungen vom 4. Mai 1907 zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleistet werden.

Ueberzeitarbeit wird mit den bisher in der Arbeitsordnung vorgesehenen Zuschlägen vergütet.

11. Die festgesetzte Entschädigung wird wie bisher sowohl bei Lohn- wie Akkordarbeit gezahlt.

12. Als Ueberstunden gelten wie bisher die ersten beiden sich an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden, auch das Arbeiten in den Pausen, soweit dadurch die normale Arbeitszeit verlängert wird.

13. Wird über diese beiden ersten Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachstunden zu entschädigen.

14. Bezüglich dieser Angelegenheit: (Bei Wechselarbeit mit 50 Prozent Zuschlag zu vergüten), soll es bei der bisherigen Regelung verbleiben.

15. Der Arbeiter darf nicht länger als zwei für die betreffende Werft übliche Arbeitschichten hintereinander beschäftigt werden.

16. Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche.

Die Lohnzahlung erfolgt mit der ersten Lohnwoche des Jahres 1911 versuchsweise am Freitag. Die Werften behalten sich die Aenderung dieser versuchsweise eingehaltenen Lohnzahlung vor, wenn sich herausstellt, daß die Zahl der Säumnigen und Feiernden am Sonnabend tat-

sächlich über das normale Maß wesentlich hinausgehen sollte.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgt bei sämtlichen Hamburgischen und außerhamburgischen Werften nach Schluß der Arbeitszeit.

Die Werften werden sich bemühen, das Lohnzahlungs-geschäft nach Möglichkeit zu beschleunigen. Wartezeit wird jedoch nicht als Ueberstundenzeit bezahlt.

17. Als Vermittlungsinstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes wird ein ständiger Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des § 134 h Abs. 4 der Gewerbeordnung gewählt. Die Wahl erfolgt nach Ablauf eines Kalenderjahres. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl zum Arbeiterausschuß erfolgt nach der Verhältniswahl.

Die Werften hoffen, mit den Vorbereitungen und der Einführung dieser Neuordnung in drei Monaten fertig zu sein.

Die Einhaltung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen ist bisher stets geschehen.

19. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnung müssen mit den obigen Grundsätzen in Einklang gebracht werden.

20. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden.

Allgemeines.

Für alle außerhamburgischen Seeschiffswerften sollen die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, soweit dieselben im Vorstehenden nicht bereits neu geregelt sind, in Anlehnung an die oben aufgeführten und vereinbarte Regelung für die Hamburger Werften angeordnet werden.

Die Lokalkommissionen, welchen diese Verhandlungen bezüglich der außerhamburgischen Seeschiffswerften übertragen werden, sollen von je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet werden, deren Wahl den Parteien überlassen bleibt. Die Werften erwarten, daß seitens der Arbeitnehmer ruhige und sachverständige Vertreter in diese Kommissionen delegiert werden.

Für den Fall, daß sich die Lokalkommissionen über einen Punkt nicht einigen können, soll zur Beilegung der Differenz je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Zentral-Verhandlungskommission zugezogen werden.

Andere Forderungen der Arbeitnehmer, als die im Vorstehenden hinsichtlich der hamburgischen Seeschiffswerften behandelt und geregelt worden sind, kommen auch für die Verhandlungen der außerhamburgischen Seeschiffswerften nicht in Frage.

Hamburg, den 14. Oktober 1910.

E. Garvens.

Für den Deutschen Metallarbeiterverband: gez. Alexander Schlichte.

Für den Deutschen Holzarbeiterverband: gez. A. Neumann.

Für den Verband aller in der Schmelzerei beschäftigten Personen: gez. E. Kampfs.

Für den Verband der Kupferschmiede: gez. J. Saupe.

Für den Verband der Setzer und Maschinisten: gez. J. Scheffel.

Für den Verband der Fabrik- und gewerbli. Hilfsarbeiter: gez. Feint. Sad.

Für den Verband der Maler u. Lackierer: gez. Emil Buch.

Für den Verband der Schiffszimmerer: gez. W. Müller.

Für den Dirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter: G. Hartmann.

Für den Christl. Metallarbeiterverband: gez. Franz Weber.

Wir haben in früheren Nummern zu dem Ergebnis des Kampfes schon gesagt, daß die Arbeiter einen beachtenswerten Erfolg errungen haben, sowohl von der materiellen wie prinzipiellen Seite, und daß sie mit dem praktischen Ergebnis der Bewegung wohl zufrieden sein können, wenn auch der Einzelne noch diesen oder jenen Wunsch nicht restlos erfüllt sieht. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird diesen schweren Kampf besonders deshalb als einen erfolgreichen buchen, weil er eine bedeutungsvolle prinzipielle Wandlung im bisherigen Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern der deutschen Metallindustrie herbeigeführt hat. Zum erstenmal hat eine der großen Metallindustriellen-Organisationen mit den Gewerkschaften als legitime Vertretung der Arbeiter unterhandelt und deren Gleichberechtigung somit in der Praxis anerkannt. Das bedeutet für die Gesamtmetallarbeiterchaft und die Zukunft ihrer Bewegung mehr wie 1 Pfg. mehr Stundenlohn oder eine Stunde wöchentlich Arbeitszeitverkürzung. So können alle Metallarbeiter mit Genugtuung auf diesen Kampf und sein Ergebnis zurückblicken.

Uns wie allen christlich gesinnten Berufsgenossen haben diese Bewegung und ihre Begleiterscheinungen auch wieder deutlich zum Bewußtsein gebracht, wie notwendig die weitere Stärkung unserer christlichen Organisation ist. Siehen wir die richtigen Konsequenzen daraus. Setzt mit Wollmut in die Agitation!

Die Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Schw.-Gau

Scheint trotz des „großartigen Sieges“, den der sozialdemokratische Verband erzielt haben will, den er der stauenden Mittelwelt in Pforzheim, Seidenheim, Esslingen sogar in Telegrammanschlügen kund gab, nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Nur schade, daß die Gmünder Arbeiter so herzlich wenig davon verspüren. Wo, wie bereits berichtet, Aufbesserungen vorgenommen wurden, geschah es auf Grund jener Abmachungen, die unsere Vertreter am 20. September trafen, nachdem Worchölzer mit seinen beiden „Fachleuten“

weggelaufen war. Die „Genossen“ gaben sich bekanntlich mit dem von uns erzielten Resultat nicht zufrieden, weil sie der Mittelwelt kund und zu wissen tun wollten, welchen „mächtigen“ Einfluß der Deutsche Metallarbeiterverband auf die Arbeitgeber ausüben könne. Reichlich 14 Tage später, als die Gold- und Silberarbeiter bereits in klingender Münze das vom christlichen Verband am 20. Sept. erzielte Resultat vor Augen hatten, verhandelten auch die sozialdemokratischen Vertreter mit den Arbeitgebern. — Also nachdem die Löhne der Arbeiter eine Erhöhung von 2 bis 7 Pfg. pro Stunde erfahren hatten, kommt der sozialdemokr. Verband und „erkämpft“ nochmals diese Lohnerhöhung „bei jenen Arbeitgebern, welche Aufbesserungen vorzunehmen in der Lage sind“ und für „jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Aufbesserung bedacht werden sollten, aber nur für die“, die einen Stundenlohn von unter 35 resp. 22 Pfg. haben.

Wenn ein Teil der Arbeiterschaft noch keine Aufbesserung erhielt, so hat sie es dieser blödsinnigen Taktik der sozialdemokratischen Führer zu verdanken, die in ihrem Größenwahne von Anfang an ein geschlossenes und erfolgverbürgendes Vorgehen verhinderten.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt einen von der Bezirksleitung des 9. Bezirks inspirierten zweifelsbaltenlangen Schimpfartikel gegen die Christlichen in Gmünd, der nur zu deutlich den verhassten Ortinn ob der erlittenen Blamage erkennen läßt. Der Artikel enthält jedoch soviel Schiefheiten, Entstellungen, direkte Unterschlagungen und Lügen, daß es unmöglich ist, im einzelnen darauf einzugehen und alle Verdrehungen richtig zu stellen. Soweit sachliche „Fertümer“ zu berichtigen sind, mag es mit nachfolgenden geschehen. Zunächst einmal bezüglich unseres Vorgehens in Weingarten. Dasselbe geschah nur im Auftrage unserer Kollegen, und wohl schon vor drei Jahren jene Firma unsern Vertretern die Zusage der Arbeitszeitverkürzung machte, konnten andere Leute nicht in Frage kommen. Die Hauptsache ist für die Arbeiterschaft der Metallindustrie in Weingarten, daß die Direktion ihr Versprechen eingelöst und die Arbeitszeit auf 10 Stunden reduzierte. Die christlich gesinnten Goldarbeiter wurden bereits schon in Versammlungen, als auch in dem vorerwähnten Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ als alte Weiber beschimpft, indem gesagt wird, unser Flugblatt sei an den Kirchentüren an die „alten Weiber“ verteilt worden. Wir registrieren das für späterhin. Um aber etwas bieten zu können, wärmt man den alten Schwindel auf, als hätten die Christlichen keine Bewegung gewollt. Ferner verschweigt der verlogene Stribent bei unseren Abmachungen den wesentlichsten Teil, er macht sich demnach einer bewußten Unterschlagung schuldig.

Unsere Kollegen sucht man nebenbei als „traurige Gelben“ mit angeborener „Streikbrechernatur“ zu titulieren. Den Beweis für eine solche nichtswürdige Beleidigung scharft man sich. Daß unsere Kollegen nicht mit beiden Beinen ins Feuer sprangen, als den Mitgliedern des gegnerischen Verbandes gefündigt wurde, wald rechtlich denkender Mensch will ihnen das auf Grund der vorausgegangenen Schmachungen verzeihen? Nachdem aber sozialdemokratischerseits schon einmal auf einzelne Betriebe abgehoben wird, wollen wir unter Anführung zweier Beispiele zeigen, wie wenig Ursache die Genossen haben, die christlichen Arbeiter dieserhalb anzupöbeln. In der Versammlung am 15. und 21. Sept. wird die Verweigerung von Heimarbeit beschlossen. Worchölzer bezeichnet diejenigen, die trotzdem noch Arbeit mit nach Hause nehmen, „geschmackvoll“ als „Lumpen, Arbeiterverräter, Streikbrecher“. Nach einigen Tagen stellt es sich nun heraus, daß der sozialdemokratische Vertrauensmann S. bei der Firma Kühn Arbeit mit nach Hause nahm. Derselbe beruft sich hierbei noch auf die Billigung seiner Verbandsleitung, dort sei ihm bedeutet worden, bei Kühn sei die Bewegung erledigt, der fragliche Beschluß bestehe deshalb nicht für seine Firma. — Bei derselben Firma beschließen die im sozialdemokratischen Verband organisierten Arbeiter in einer geheimen Betriebsversammlung, trotzdem die Bewegung bei Kühn erledigt ist, die Heimarbeit zu verweigern. Während die jungen Kollegen diesem Beschlusse nachkamen und die Heimarbeit verweigern, bleiben die alten Mitglieder, darunter auch die Vertrauensleute ruhig sitzen. Als Strafe für diese Mißthat sollen sie nun aus dem Verband ausgeschlossen werden — wer das glaubt, bekommt einen Taler. —

Man sieht also, die Genossen haben vor ihrer Türe so viel Dreck zu fegen, daß sie zum Verläßern der christlichen Arbeiter keine Zeit übrig haben sollten.

In dem Schmäherartikel der „Met.-Ztg.“ ist ein Brief veröffentlicht, der statt an einen unorganisierten Kollegen infolge Versehens an eines der ältesten Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes in Gmünd abging. Der fragliche Genosse darf versichert sein, daß wir es trotz seiner angeblich guten Qualifikation aus Gründen der Reinlichkeit ablehnen, ihn für unsern Verband zu gewinnen. Wie viel solcher Briefe an ferusichende Kollegen abgesandt wurden, ist ausschließlich unsere Sache.

Es bleibt unumstößliche Tatsache, daß der christliche Metallarbeiterverband nach besten Kräften für die Interessen der Gold- und Silberarbeiter mit Erfolg eingetreten ist, während die sozialdemokratische Organisation infolge der im Größenwahn befangenen Diktierung statt Verbesserungen Verschlechterungen herbeiführte. Durch seine rühmliche Kampfesweise hat er zum Nachteil der Arbeiterschaft ein geschlossenes Vorgehen von vornherein bereitet. Dem Kollegen Kollosfroh legt die „Metallarbeiter-Zeitung den Titel „Beerenhändler“ bei. Damit will man den Kollegen verhöhnern und lächerlich machen. Für eine solche niedrigen Kampfesweise. Dabei ist hier zu beachten, Kollege Kollosfroh hat den Arbeitern in Schramberg wie vor allem in Lauter mit der damaligen Errichtung einer Beerenhändlergenossenschaft einen weit größeren Dienst erwiesen, als alle Vorhölzerischen Phrasen zusammengenommen wert sind. Um sich so aufzuführen, wie der Bezirksleiter des 9. Bezirks nach der Stuttgarter Reichspost es tat, braucht es wahrhaftig nicht der Bildung eines „Beerenhändlers“, so etwas vermag nur eine sozialdemokratische „Leuchte“ fertig zu bringen. Der „Reichspost“ wird nämlich folgendes geschrieben:

„In der derzeitigen Lohnbewegung in der Edelmetallindustrie in Gmünd und Pforzheim macht der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Karl Vorhölzer in Stuttgart sehr viel von sich reden. Freitag abend sprach er vor ca. 600 Kettenmachern in einer Versammlung in Pforzheim. Gegen halb 8 Uhr war die Versammlung aus. Schreiber dieser Zeilen begegnete dem Bezirksleiter um 1 Uhr 47 Min. nachts auf dem Pforzheimer Bahnhof. Ob es der sozialistische „Mahlbock“ mit sich brachte, ist unbekannt, jedenfalls schwanke der Hr. Bezirksleiter ziemlich stark, als er die Stufen zum D-Wagen 3. Klasse Nr. 1963 (Eisab-Bohr.) emporstamm. Das Gleiche wiederholte sich im Gang des Wagens. Im ersten Abteil sah eine aus Straßburg kommende Familie mit einem Kinde. Dem Hrn. Bezirksleiter paßte das Kind nicht. Er ging weiter zum zweiten Abteil. Dieses war bereits mit 5 Herren besetzt. Ein Platz war belegt. Was kümmerte das aber eine sozialistische „Größe“, wie Herrn Vorhölzer. Ein Mitreisender machte ihn aufmerksam, daß der Platz belegt sei. Den Widerspruch konnte der sozialdemokratische Bezirksleiter nicht vertragen. In seinem „jetzigen“ Zustand schimpfte er auf den Reisenden ein: Du Zigeuner, du Slowak, du Zigeuner verfluchter, willst ein auf der Fogen (bayerischer Ausdruck für Mund). Der so plötzlich angegriffene Reisende opponierte in beiderseitiger Zorn. Das Pulver oder Herr Vorhölzer nicht. Sofort ging es weiter: „Willst noch was, du damischer Hund?“ Dabei faßte der von der sozialdemokratischen Kultur tiefende Herr Vorhölzer den Reisenden am Hals und schüttelte ihn wie ein Wahnsinniger hin und her. Der Skandal in dem Abteil hatte die Reisenden in den anderen Abteilen aus ihrer nächtlichen Ruhe aufgestört und neugierig und erschreckt ob dieses von Herrn Vorhölzer provozierten Krachs steckten sie ihre Köpfe aus den Abteilungstüren heraus. In dem Augenblick kam der bayerische Schaffner, faßte Herrn Vorhölzer an seinem rechten Arm und wies ihn energisch zur Ruhe, worauf der so lakonische „große“ Karolus lamentierend weiterzog. Wieder einmal war er, der „bedeutende“ Taktiker des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ganz gewaltig aus der Rolle gefallen. Schade, daß die 600 Pforzheimer Kettenmacher, die ihm vorher in der Versammlung so andächtig lauschten, in dieser „alkoholischen“ Madastimmung ihn nicht sehen konnten. Sie würden sich in der Zukunft für solch einen Führer bedanken.“

Und mit solchen Elementen müssen sich die christlichen Arbeiter in Baden und Württemberg andauern herumzuschlagen. In Schw.-Gmünd wird die wahre Natur eines Vorhölzer aber immer mehr erkannt. Ehrlich denkende und weiterblickende Arbeiter können solchen Leuten keine Gefolgschaft leisten. Die sind den Arbeiterinteressen nicht zum Nutzen, sondern nur zum größten Schaden.

Darum ermahnt Euch, Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen von Schw.-Gmünd! Vergleicht die praktische Arbeit und Erlöse der beiden Verbände und Ihr werdet alle zur Erkenntnis kommen, daß Euer Platz nur im christlichen Metallarbeiterverband sein kann.

Differenzen auf der Kaiserlichen Kriegswerst in Wilhelmshaven.

Eine hochgradige Aufregung ist unter der Arbeiterschaft der Torpedowerst in Wilhelmshaven durch Vorgänge der letzten Zeit auf dem Gebiete der Verhandlung durch einzelne Vorgesetzte ausgelöst worden. Die Klagen richteten sich insbesondere gegen den Werkdirektor Korvettenkapitän Jendahl, dem rücksichtslose Strenge und Mißachtung von Leben und Gesundheit der Arbeiter zum Vorwurf gemacht werden. In einer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einberufenen Betriebsversammlung vom 9. Oktober war an diesen Vorkommnissen scharfe Kritik geübt worden, was die Werkverwaltung mit der Kündigung von fünf Arbeitern, zahlreichen Besetzungen und folgendem Unfug beantwortete: Der Ober-Werft-Direktor. Wilhelmshaven, 19. 10. 10.

Am Sonntag, dem 9. Oktober d. J. hat in Sadowassers Livoli eine Arbeiterversammlung eine Resolution gefaßt, in der einem Ressortdirektor der Werft völlig unbegründeter Weise die Mißachtung ausgesprochen wird. Dieser Resolution haben auch einige Werftarbeiter zugestimmt. Wenn diese Arbeiter glaubten, daß ihnen Unrecht geschehen sei, hätten sie den vorgeschriebenen Beschwerdebegleiten müssen. Der Ausdruck der Mißachtung ist eine in diesem Falle sogar eine in der Öffentlichkeit ausgesprochene grobe Beleidigung des Vertreters des Arbeitgebers im Sinne

des § 123, Ziffer 5 der Gewerbeordnung, die mit sofortiger Entlassung geahndet werden kann. Jay habe in diesem Falle von dem Recht der sofortigen Entlassung keinen Gebrauch gemacht, weil ich annehme, daß die betreffenden Arbeiter durch die Anstellungen eines außerhalb der Werft stehenden Berichterstatters in jener Versammlung sich so haben erregen lassen, daß sie die Tragweite ihrer Zustimmung zu der Resolution nicht erkannten. Sie werden aber vom Ressort VII zu anderen Ressorts veretzt werden. Borewähnte Entschädigung steht fünf von den Arbeitern nicht zur Seite. Ihnen ist deshalb gekündigt worden. gez. Eckermann.

Daraufhin hat eine weitere stark besuchte Werftarbeiterversammlung stattgefunden, in der gegen die Maßnahmen der Verwaltung schärfster Protest eingelegt wurde. Das Resultat der ausgelegten Betriebsversammlung war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die von den Angehörigen aller Ressorts der Kaiserl. Werft besuchte öffentliche Werftarbeiterversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den Maßnahmen der Werkdirektion in Sachen des Torpedobetriebs Jendahl. Sie hält die Strafkündigung von fünf langjährig beschäftigten Arbeitern und die Strafverurteilung von 324 Arbeitern der Torpedowerft nach anderen Ressorts für eine schreiende Ungerechtigkeit. Es wird von der Werkverwaltung den Arbeitern der Vorwurf gemacht, daß sie in völlig unbegründeter Weise einem Ressortdirektor ihre Achtung verweigert haben, trotzdem die dem Herrn Jendahl zum Vorwurf gemachten Äußerungen der Werkverwaltung als Tatsachen bekannt sein müssen. Somit hat die Werkverwaltung einseitig für Herrn Jendahl und gegen die Arbeiter Partei genommen und den von ihnen Maßnahmen betroffenen Arbeitern schmerzliches Unrecht zugefügt. Demgegenüber ist Herr Jendahl immer noch auf seinem Posten als Ressortdirektor. Diese Maßnahmen werden von der gesamten Arbeiterschaft als eine ungeheure Verletzung der Arbeiter empfunden, die geeignet ist, den letzten Rest von Vertrauen zur Werkdirektion zum Schwenden zu bringen. Die Versammlung betrachtet weiter die angekündigte Maßregelung der rund 330 Arbeitskollegen als eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Ausübung der Vereins- und Versammlungsfreiheit der Werftarbeiter und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen diese Maßregelung. Durch solche Mittel läßt sich die Arbeiterschaft jedoch nicht aufhalten in der Vertretung einer ihrer festen Ueberzeugung nach durchaus gerechten Sache. Es kann deshalb die tiefgehende Demütigung der Arbeiterschaft nur behoben werden durch Zurücknahme der unangenehmen Maßnahmen der Werkdirektion, sowie durch Entziehung des einzig und allein Schuldigen für die vorhandene Erregung, des Torpedobetriebs Jendahl, zur Verantwortung und durch Enthebung dieses Herrn von seinem Posten als Betriebsleiter der Torpedowerft.“

Die Kluft zwischen Werkverwaltung und Arbeiterschaft wird somit immer größer. Wenn die Klagen gegen den Ressortchef Jendahl auf Wahrheit beruhen — was wir hier nicht entscheiden können —, so fordert dessen Verhalten tatsächlich die schärfste Verurteilung heraus. Die Folgen dieser Behandlung der Arbeiter könnte den betreffenden Vorgesetzten die Tatsache zum Bewußtsein bringen, daß sich die Sozialdemokratie keine besseren Agitatoren wünschen kann. Sie allein hat den Nutzen davon und kann triumphieren, wie wir es auch in diesem Falle wieder sehen können. Mögen sich die christlich geimten Arbeiter der Kaiserlichen Werften ohne Verzug dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, um den auch in einem Staatsbetrieb nötigen Schutz und Rückhalt zu haben.

Pforzheim. Anläßlich der Lohnbewegung in der hiesigen Kettenindustrie und die sozialdemokratischen Zecher und Verleumder schon wieder an der Arbeit, um den christlichen Metallarbeiterverband zu verunglimpfen und dessen Mitglieder zu beschimpfen. Im „Vorwärts“ Nr. 248 wird mit frecher Stirn von einer „Judassrolle“ geredet, die die „Christen“ zur Unterstützung der Unternehmer eingeleitet hätten. Diese haltlose Verleumdung wird schon dadurch widerlegt, daß der Arbeitgeberverband in einem „Zur Aufklärung“ überschriebenen Flugblatt erklärt, daß der christliche Metallarbeiterverband die eingereichten Forderungen zu den feigen gemacht habe.

Die Verräter und Schädiger der Arbeiterinteressen sind nicht im christlichen, sondern im sozialdemokratischen Lager zu suchen, wo die Führer aus Mangel an Ehrlichkeit und Fanatismus die Einigkeit der Arbeiter selbst dort untergraben, wo sie zur erfolgreichen Durchführung der Gewerkschaftsarbeit unbedingt notwendig wäre. So haben es auch jetzt wieder die Obergewissen in Pforzheim getrieben, denen das Wohl der Arbeiter Nebensache, die Befriedigung ihres Macht Hungers und die Verhegung der Arbeiter aber alles ist. Wie lange werden sich die recht denkenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes diese Verschandelung ihrer Interessen durch solche „Führer“ noch gefallen lassen?

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofestamp), bestehen Differenzen.
Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Niederelbische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt.
Essen-Mag. Die Klempnergehilfen von Essen stehen im Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.
Elberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streik.
Reheim. Ueber die Firma Hübenner & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akordsätze die Sperre verhängt.

Zuzug von Metallbildnern, Schlossern und Klempner ferngehalten.

Barmen. Die Formner der Fuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Schlosser, Hobler, wie sonstigen Arbeiter dieses Betriebes sind ausgeperert.

Neufcheld. Die Maschinenbauer und Hülfsarbeiter der Neufchelder Zellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Sundern bei Arnberg i. W. Ueber die Firma Anton Brumbecker ist die Sperre verhängt.

Mühlhausen im Elsaß. 12 Klempnergehilfen von Mühlhausen und Umgebung stehen im Streik zwecks Erneuerung des Tarifvertrages.

Barmen. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streik.

Sundern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Metallbildnern, Schleisern und Klempnern ist ferngehalten.

Düffelbork. Die Klempner und Installateure sowie die Elektromonteur stehen im Streik.

Ferloh. Bei der Firma Nachloer u. Croner Ferloh, stehen die Ketenschmiede im Streik.

Zuzug ist ferngehalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 30. Oktober 1910 der vierundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Oktober bis 6. November 1910 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

St. Ingbert (Pfalz.) Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Feinmetallarbeiter und Maschinenisten der königl. bayrischen Gruben in der Pfalz sind sehr verwerfungsbedürftig. Die Löhne betragen: 2,50, 3,—, 3,50, 3,80, 4,—, 4,20 und 4,50 Mark. Die letzten hier angeführten Löhne werden erst nach einer 20-30jährigen Dienstzeit erreicht, also erst dann wenn das 40. bis 50. Lebensjahr erreicht ist. Die Arbeitszeit der Maschinenisten beträgt 12 Stunden täglich. In diesen unhaltbaren Zuständen am Ende zu bereiten, hatten die Kollegen (der größte Teil dieser Arbeiter sind Mitglieder unseres Verbandes und nur ein kleiner Teil ist unorganisiert), dieses Frühjahr beschlossen, eine Eingabe an die Generaldirektion in München zu richten betreffs Regulierung und Aufbesserung ihrer Löhne. Ferner sollte eine Arbeitszeitverkürzung für die Maschinenisten verlangt werden. Um die nötigen Unterlagen zu beschaffen, wurden Fragebogen herausgegeben und auch gewissenhaft von den Kollegen ausgefüllt. Die Eingabe wurde formuliert und folgende Lohnstufen vorgeschlagen:

Alter	Lohnhöhe
16-18 Jahre alt	2,50 Mk.
18-19 " "	3,00 "
19-20 " "	3,50 "
20-22 " "	3,80 "
22-24 " "	4,50 "
24-26 " "	4,80 "
26 " " und darüber	5,00 "

Die Arbeitszeit der Maschinenisten soll jener der Grubenhandwerker (1 1/2 Stunden) gleichgestellt werden. Am 23. Juli wurde die Eingabe seitens unserer Vertretung an die Generaldirektion abgeschickt mit dem höchsten Gesuchen, die Sache einer Prüfung zu unterziehen, und möglichst die Wünsche der Arbeiter zu bewilligen.

Die Geduld der Kollegen wurde aber auf eine harte Probe gestellt. Erst Ende September sollten sie Antwort erhalten. In der letzten Woche des Monats September erschien Herr Oberbergtrat Regelmaier aus München und machte in einer Sitzung bekannt, daß für einen Teil (acht Mann) der über Tage beschäftigten Maschinenisten (nicht Fördermaschinenisten) die 9stündige Schicht eingeführt wird, jedoch der Schichtlohn um 80 Pfg. gekürzt wird. Es sei keine Aussicht vorhanden, daß für die übrigen Arbeiter eine Lohnerhöhung im Laufe dieses Jahres eintreten könne.

Es ist zwar zu begrüßen, daß bei einem Teil der Maschinenisten mit der überlangen Arbeitszeit ein Ende gemacht wurde. In den Eisenbahnwerkstätten und sonstigen fiskalischen Betrieben ist die 9stündige Arbeitszeit schon längst eingeführt. Warum sollte das nicht für sämtliche Maschinenisten der Grube St. Ingbert möglich sein? Was bei dieser Neuerung zu verurteilen ist, daß ist der Lohnausfall, der monatlich bis zu 20 M. beträgt. Was dieses in einer Arbeiterfamilie bedeutet, besonders da der Winter vor der Tür steht, weiß wohl jeder, und es ist selbstverständlich, daß die Kollegen sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Reduzierung ihres so wie so schon knappen Lohnes wehren. Die über Tag beschäftigten Arbeiter werden mit Schichtlohn ausbezahlt. Dieser muß bei Arbeitszeitverkürzung weiter gewährt werden, was jederzeit von den Abgeordneten im bayrischen Landtag ausdrücklich betont und von der Regierung auch zugesagt wurde.

Um zu dieser Sache Stellung zu nehmen und weitere Schritte zu beraten, fand am Sonntag, den 16. Oktober im Lokale der Wittigast Renthat eine Versammlung der Grubenhandwerker und Maschinenisten der Grube St. Ingbert statt. Der Referent, Kollege Engel aus Saarbrücken, kritisierte scharf das Vorgehen der Verwaltungsbehörde. Eingelegene Erkundigungen auf dem hiesigen Bergamt ergaben, daß die hiesige Verwaltung keine Schuld trifft und daß es lediglich eine Aktion von der oberen Verwaltungsbehörde ist.

Es wurde daher beschlossen, eine erneute Eingabe an die Generaldirektion zu richten, in welcher verlangt wird, daß die Reduzierung der Löhne der Maschinenisten wieder rückgängig gemacht wird. Gleichzeitig soll noch einmal ermahnt werden, die Löhne der übrigen Handwerker und Maschinenisten zu regulieren. Der Abgeordnete von St. Ingbert, Herr Meib, sowie noch einige andere Herren, welche auf unserem Standpunkt stehen, sollten gebeten werden, in dieser Sache eventuell im Ministerium vorstellig zu werden. Wenn dies alles nichts nützt, dann soll zur nächsten Budgetberatung im bayerischen Landtag eine Petition eingereicht werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß dann, laut dem Eingreifen der sozialdenkenden Abgeordneten, den gerechten Wünschen der Grubenhandwerker und Maschinenisten der Grube St. Ingbert Rechnung getragen wird.

Kaum hatte der Oberbergerrat Zieglmayer die Sitzung verlassen, so tat sich die gelb-rote Koalition zusammen und plante, wie man aus diesem Vorkommnis der verhassten Christlichen ein Strick gedreht werden könne. Nach langen Beratungen wurde endlich beschlossen, unter falscher Fälschung einen Artikel gegen uns loszulassen. In Nr. 237 des gelben „St. Ingberter Anzeiger“ erschien folgender Artikel:

„St. Ingbert, 12. Oktober 1910. Aus Zechenhandwerkerkreisen wird uns geschrieben: In der hiesigen Zeitschrift über Tage wird mit großem Unwillen eine Forderung aufgenommen, die seit dem letzten Besuche des Herrn Oberbergerrates Zieglmayer in Kraft getreten ist. Während seitdem über Tage die Zechenhandwerker Maschinengehilfen u. dgl. überall 12 Stunden arbeiten dürfen, wurde jetzt alles dahin uniformiert, daß nur 9 1/2 Stunden gearbeitet wird. Diese Arbeitsreduzierung wäre ja zu begrüßen, wenn der Lohnausfall nicht zu groß wäre. Dieser beträgt bei den älteren Arbeitern 80 Pfg. pro Tag, also monatlich 20 Mark. Was das in einem Arbeiterhaushalt bedeutet, weiß wohl jeder. Dazu kommt noch: Es besteht seit längerer Zeit noch eine Lohnklasse 4,50 M. pro Schicht. Die ältesten Arbeiter haben dieselbe schon. Auf eine Beschwerde über die jetzigen Verhältnisse und die Bitte, in diese Klasse vorrücken zu dürfen, wurde uns der Bescheid, daß auf Anordnung von München hin eine Aufbesserung innerhalb eines Jahres nicht vorgenommen werden dürfe. Wir haben also keine Aussicht auf eine Besserung unserer Lage.“

Die christl. Gewerkschaft hat vor ungefähr 3 Monaten eine Eingabe gemacht wegen Erhöhung unserer Lohnsätze. Der Erfolg war die jetzige Reduzierung! Ein Beweis, was uns die Gewerkschaft nützt! Beiträge dürfen und dürfen wir bezahlen, sie nützen uns aber nichts. Ja sogar jetzt wird nicht einmal seitens der Gewerkschaft für uns eingetreten.

Ein Grubenarbeiter im Aufrage zahlreicher Kameraden.

Die sozialdemokratische „Pfälzische Post“ hieß in ihrer Nr. 241 in dieselbe Kerbe, nur mit dem Unterschied, daß sie zum Schlusse zum Eintritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften aufforderte. — Aus den Zeilen beider Artikel schaut die ganze Mißbilligkeit und Niederveracht, wie sie nur verbohrteten Gelben und fanatisierten Christenhasiern eigen ist, heraus. Die Unkenntnis der Verhältnisse auf den pfälzischen Gruben, wie sie in dem Artikel zu Tage tritt, beweist auch, daß kein Grubenarbeiter der Verfasser sein kann, sonst könnte nicht behauptet werden, daß seither die Zechenhandwerker, Maschinengehilfen u. dergl. überall 12 Stunden arbeiten dürfen. Die Zechenhandwerker arbeiten sehr lange schon nicht länger wie 9 1/2 Stunden. Auch würde kein denkender Arbeiter schreiben: „wir dürfen 12 Stunden arbeiten“. Zudem sind noch lange nicht alle Maschinenisten von der Neuerung betroffen worden, sondern nur acht Mann. Die Vermutung liegt daher sehr nahe, daß die Artikel auf der Redaktionsstube des gelben „St. Ingberter Anzeiger“ gemeinsam mit dem Obergelben, „Redakteur Pfeifer, und dem sozialdemokratischen Stadtrat, „Genossen“ Wilhelm, gedreht wurde. Die Unterschrift eines Grubenhandwerkers hat man sich erkauft oder selbst hinzugebrüht.

Die in der Versammlung anwesenden Grubenhandwerker und Maschinenisten vernahmten sich entschieden gegen die Verdächtigungen des christlichen Metallarbeiterverbandes und beschlossen einstimmig folgende

Resolution:

„Die heute, den 16. Oktober, im Lokale der Wirtschaft Sellenthal tagende, von Grubenhandwerkern und Maschinenisten der Grube St. Ingbert besuchte Versammlung weist mit aller Entschiedenheit die Verdächtigungen und Verleumdungen des gelben „St. Ingberter Anzeiger“ und der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post“ zurück, und erkennt nur im christlichen Metallarbeiter-Verband ihre wahre Interessensvertretung. Die Versammlung vernahmte sich gegen die Unterschrift des gelben Anzeiger, wo es heißt: „im Aufrage zahlreicher Kameraden“. Die Grubenarbeiter und Maschinenisten der Grube St. Ingbert lehnen es aus Reinlichkeitsgründen ab, gemeinsame Sache mit den Gelben oder Roten zu machen.“

Die Versammlung bedauert den ablehnenden Standpunkt der Generaldirektion und hofft, daß diese auf die neuere Eingabe günstigere Antwort erteilt. Ferner erwarten die Versammelten, daß auch den so schwer geschädigten 8 Kollegen mindestens ihr früherer Schichtlohn wieder ausbezahlt wird.

Die Versammelten geloben auch in Zukunft treu zu ihrem Verbande zu stehen und nicht zu ruhen, bis der letzte Metallarbeiter von St. Ingbert dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen ist.“

Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Engel, in welchem er die Anwesenden ermahnte, in der Agitation nicht zu erlahmen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wallau. Die Kämpfe der letzten Zeit in unserer Metallarbeiter haben auch in der hiesigen Ortsgruppe reges Leben und Streben wachgerufen. Am 8. Oktober sprach Kollege Gierb Siegen in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung über den Kampf im Seesigebau und dessen Lehren für uns. Im Verlauf seiner Ausführungen erörterte er auch einige Mißstände auf der hiesigen Amalshütte. Die Verhältnisse müßten eigentlich allen Arbeitern zeigen, daß es ohne Organisation nicht weiter gehe, denn der Einzelne sei den Mißständen im Arbeitsverhältnis gegenüber vollständig macht-

los und wehrlos. Am anderen Tag (9. Erntever) jerteten wir das Gründungsamt unserer Ortsgruppe durch einen gemeinsamen Ausflug nach Appelbach. In einer Ansprache wendete sich Kollege Gierb besonders an die Frauen, um ihnen die Notwendigkeit und Bedeutung unserer christlichen Berufsorganisation darzulegen. Die Frauen sollten unsere Beziehungen nicht hemmen, sondern tatkräftig fördern, denn die Gewerkschaftsarbeit sei vornehmlich zum Nutzen und Segen der Familie, im Interesse von Frau und Kindern. — Hoffentlich werden die eindringlichen Ratschläge auf guten Boden fallen und gute Früchte tragen. In letzter Zeit haben wir schöne Fortschritte gemacht, jetzt müssen alle Mitglieder ohne Ausnahme mitarbeiten, damit die günstige Entwicklung weiter anhält.

Gelsenkirchen. Das Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften von Gelsenkirchen und Umgebung hat für den kommenden Winter die Unterrichtskurse planmäßig organisiert. Es sollen folgende Fragen behandelt werden:

1. Arbeitsvertrag, Referent Schug;
2. Tarifvertrag, Referent Wit;
3. Deutschlands Wirtschaftsleben im 19. Jahrhundert, Referent Beck;
4. Verfassung des deutschen Reiches, Referent Franke;
5. Steuerbelastung des deutschen Reiches, Referent Walter;
6. Handelspolitik des deutschen Reiches, Referent Sprenger.

Die Unterrichtskurse sind für die einzelnen Zahlstellen wie folgt vorgesehen:

Besler und Schafke B. Mittwoch, den 2., 9., 16., 23., 30. Nov. u. 7. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Cideltamp.

Bismarck Pl. Donnerstag, den 3., 10., 17., 24. Nov. u. 1., 8. Dez. Anf. 6 Uhr Lokal Bollmingshoff.

Bismarck West und Schafke A. Freitag, den 4., 11., 18., 25. Nov. und 2., 9. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Janzen, Döhlstraße.

Güllen und Bulmke. Samstag, den 5., 12., 19., 26. Nov. und 3., 10. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Weisel, Wannerstraße.

Gelsenkirchen-Mittstadt. Dienstag, den 8., 15., 22., 29. Nov. und 6., 13. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Firkel.

H. Abraj und Neustadt. Mittwoch, den 9., 16., 23., 30. Nov. und 7., 14. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Orthey, früher Brüdmann.

Kotthausen. Donnerstag, den 10., 17., 24. Nov. und 1., 8., 15. Dez. Anfang 6 Uhr. Lokal Ferner.

Röblinghausen. Freitag, den 11., 18., 25. Nov. und 2., 9., 16. Dez. Anfang 6 Uhr. Lokal Gemel.

Wattenscheid I, II und Leithe. Samstag, den 12., 19., 26. Nov. und 2., 9., 16. Dez. Anfang 6 Uhr. Lokal Lagerborn.

U. C. Dienstag, den 15., 22., 29. Nov. und 6., 13., 20. Dez. Anfang 7 Uhr. Lokal Gees.

Günningfeld. Mittwoch, den 16., 23., 30. Nov. und 7., 14., 21. Dez. Anfang 6 Uhr. Lokal Müller.

Die Teilnahme an den Kursen ist unentgeltlich. Die Kollegen müssen Papier und Bleistift mitbringen, um sich Notizen zu machen. Besser wie lose Blätter sind Schreibhefte, weil dann das Material nicht so leicht zerstreut wird. Die Teilnehmer werden besonders daran erinnert, pünktlich zu erscheinen. Unsere Kollegen, die hoffentlich zahlreich diese Gelegenheit zur Weiterbildung benutzen werden, mögen sich das vorliegende Programm anschneiden und aufbewahren.

Schramberg. Anfangs September wurde in den vereinigten Uhrenfabriken von Gebr. Jungbans und Th. Haller bekannt gegeben, veranlaßt durch die Gewerbeordnungsnovelle, versuchsweise der gesamte Betrieb an den Samstag nur bis 4 Uhr arbeiten soll. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sollten die Mechaniker sein. Die Probezeit war vorgesehen bis Samstag, den 15. Oktober. Nach dieser Probezeit soll dann bekannt gegeben werden, was geschehen soll. Die Mechaniker hielten einige Versammlungen ab und bestimmten eine Kommission, die mit der Direktion verhandeln sollte. Das Resultat der Aussprache wurde geheim gehalten, so daß die übrige Arbeitererschaft ganz im Unklaren blieb, was geschehen sollte.

Ein Teil dieser Arbeiter beschloß nun eine Betriebsversammlung auf den 15. Oktober einzuberufen, um Klarheit in die Sache zu bringen und sich über den Vorschlag der Firma auszusprechen. Diese Arbeiter schlugen vor, der Versammlung ein Schreiben vorzulegen, in dem die Wünsche der Arbeiter der Direktion mitgeteilt werden sollen. Als Referent wurde der Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Kuhn, bestellt. Derselbe führte in der Versammlung am Samstag aus, daß die Arbeitererschaft die Verkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen nur begrüßen könne. Die Löhne der Uhrenarbeiter seien aber schon jetzt so niedrig, daß es nur durch äußerste Sparsamkeit möglich sei, bei den teuren Lebensmitteln ein anständiges Auskommen zu finden. Wenn die Arbeitszeit noch verkürzt werde, ohne daß eine entsprechende Lohnerhöhung eintritt, so würde die Arbeitererschaft sehr geschädigt. Er brachte dann der Versammlung das von den Arbeitern vorgelegene Schreiben zur Kenntnis. In demselben wird der Firma nahe gelegt, man möchte im Hinblick auf die Arbeitszeitverkürzung die Stundenlöhne um 2 Pfg. erhöhen, desgleichen soll für die Affordarbeiter die bisher erzielte Höchstgrenze des Verdienstes auch bei der verkürzten Arbeitszeit beibehalten bleiben und die Affordsätze möchten dort, wo es nötig erscheint, erhöht werden.

Die Versammlung war verhältnismäßig schwach besucht, weil die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter schon vor derselben gedroht hatten, Stabau zu machen, weshalb viele fernblieben. Die Anwesenden waren in der Mehrzahl sozialdemokratisch organisierte Mechaniker, die in ihren Versammlungen ebenfalls für eine Erhöhung des Stundenlohnes der Mechaniker um 2 Pfg. gestimmt hatten. Diese Forderung wurde unter der Leitung des Geschäftsführers des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Schwennungen beschlossen. In der Versammlung am letzten Samstag aber opponierten sie dagegen, daß der Direktion nahegelegt werde, man möchte auch den anderen Arbeitern das gleiche zubilligen, was die Mechaniker für sich verlangen. Das nennen diese Leute dann „Solidarität.“

In der Diskussion wurde von einem sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zugegeben, daß die Direktion der Kommission empfohlen habe, den Arbeitern Aufklärung zu geben über die Möglichkeit der Erfüllung der Wünsche der Arbeiter. Dies wurde bis zu der Versammlung unterlassen und erst durch die Ausführungen des Referenten veranlaßt, wurde den anwesenden Arbeitern ein Teil davon mitgeteilt. Leider wurde eine weitere Aussprache durch das zeitliche Benehmen der Sozialdemokraten vereitelt.

Wie wir erfahren haben, soll sich die Direktion bahngehend ausgesprochen haben, daß, wenn den Mechanikern eine Lohnzulage gewährt wird, dies auch für die andere Arbeitererschaft geschehen müsse; ein Beweis dafür, daß die Herren Arbeitgeber oftmals gerechter urteilen, als verschiedene Sozialdemokraten. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Firma, trotz dieser Umtriebe von jener Seite, die Sache zur Zufriedenheit der gesamten Arbeitererschaft regelt. Für die Arbeitererschaft Schrambergs muß diese Angelegenheit aber ein Ansporn sein, sich mehr wie bisher dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, damit dem unverständigen Treiben einiger egoistischer Mitläufer ein wirksames Paroli geboten werden kann. Dann wird es auch möglich sein, in vernünftiger Weise die Interessen der Gesamtarbeitererschaft zu vertreten.

Sagen Schwelm. In Nr. 42 der „Metallarbeiterzeitung“ verjucht sich irgend ein Genosse, der anscheinend zu viel freie Zeit hat, in der Kunst des Artikelschreibens. Der Versuch war aber auch darnach. Muß das eine Freude für den Ekribenten gewesen sein, als er seine neuesten Sachen auch mal gedruckt vor Augen sah. Nun, wir können der Metallarbeiterzeitung solche Mitarbeiter. Angehört hat es ihr an Stoff gefehlt. Mit dem Artikel wollen wir uns nicht in allen Einzelheiten beschäftigen. Die Wofuhr, die wir dem ersten diesbezüglichen Erguß einer edlen Genossenseele bereiteten, trifft wortwörtlich auch auf dieses Geistesprodukt des wenig beschäftigten Genossen zu.

Nur wenige, mit sozialdemokratischer Ehrlichkeit registrierte Vorgänge mögen hier kurz ins rechte Licht gerückt sein, da wir nicht über so viel Zeit verfügen, wie die sieben sozialdemokratischen Beamten des roten Verbandes hier im Sagenen Gebiete. Dem Artikelschreiber nehmen wir seine Verrentungen und Clownsprünge nicht weiter übel. Er wird die Dinge, die er da in seiner Wagnität mit dem bekannten vornehmen Ton bespricht, jedenfalls nur vom Hörensagen kennen.

Nun zur Versammlung in Altenbörbe. In einem Anfall des bekannten Größenwahns der Genossen konstatiert der Artikelschreiber, daß wir nur deshalb die Segner aus dem Lokal verwiesen hätten, weil wir uns ihnen jedenfalls nicht gewachsen fühlten. Hier müssen wir allerdings in Verbindlichkeit sagen, daß dem wirklich so ist, wenn auch in etwas anderem Sinne, wie der Gelegenheitsmitarbeiter des sozialdemokratischen Verbandes meint. Im Krüller und Toben ist den hiesigen Genossen wirklich keiner über, und wir empfinden tatsächlich keine Neue über unser Verhalten, werden im Gegenteil auch in Zukunft unsere Versammlungen von solchen Elementen rein zu halten wissen, unbedünnerl darum, wie dies von der Gegenseite ausgesagt wird. Wenn man nur nicht nötig hätte, beim Besuche von Versammlungen sich mit einem Garantieschein zu versehen, demzufolge man die Gewißheit hätte, in derselben körperlichen Verfassung, mit gesunden Knochen wieder aus dieser Mustergesellschaft herauszukommen. Ueber derartige „Geisteswaffen“ kann eben unsere christlich organisierte Arbeitererschaft nicht verfügen. Mit dem Ausdruck der Verachtung ob solcher Verlogenheit müssen wir indes dem Gebahren des Artikelschreibers begegnen, der unsere Konstatierung, daß auch die Versammlung in Altenbörbe Schauplatz einer in dieses Gebiet einschlagenden „geistigen Geldentat“ gewesen sei, kurzerhand ins Reich der Fabel verweist. Tatsache ist und bleibt, daß dem Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes Ernst Diehmeier aus Milspe von dem Genossen Pohl, der, nebenbei bemerkt, ein Halbbruder eines kürzlich angestellten Beamten des roten Verbandes ist, aus dem Hinterhalt, in gemeiner, heimtückischer Weise eine Handvoll Schmutz ins Gesicht geworfen und ihm dadurch die Brille weggeschleudert wurde, und daß Kollege Föcher noch mit hinausging in den Kreis dieser rohen gewalttätigen Horde, um Diehmeiers Eigentum wieder zu suchen. Tatsache ist und bleibt, daß einem Kollegen von uns während seiner Abwesenheit das Mitgliedsbuch aus dem Hause gestohlen wurde. Den Genossen mag diese Feststellung unangenehm sein, aber es sind doch lediglich die Früchte ihrer Erziehungspolitik und daran wird alle Verlogenheit und Verdrehung nichts zu ändern vermögen.

Wenn man sich alles dies vergegenwärtigt, fallen auch die übrigen Zahlentümpel des Artikelschreibers in sich zusammen. Wer einmal lägt, dem glaubt man nicht, und christlich organisierte Arbeiter werden sich nur wundern über solche „Ehrlichkeit“, im übrigen sich aber noch fester dem christl. Metallarbeiterverband anschließen, schon aus dem Grunde, weil sie dann die Gewißheit haben, im Kreise anständiger und rechtender Menschen verkehren zu können. Nach der Richtung hin sind wir allerdings den Genossen und den Kritiker dankbar, weil ein solches Gebahren schließlich nur ein Teil ist von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Ueberigens werden unsere Kollegen aus einem solchen Verhalten die Lehre ziehen, daß sie sich alle in den Dienst der christlichen Organisation stellen und mit verdoppelter Kraft daran arbeiten, daß solche Elemente nicht obenau kommen, die durch ihre Handlungsweise und die praktische Ausführung ihrer Moralgrundsätze doch nur das Ansehen und das Interesse der Gesamtarbeitererschaft aufs schwerste schädigen. Jeder sei Agitator! Durch Kampf zum Sieg!

Wodentöhr. In den letzten Monaten wurde in den staatlichen Gütenwerken die Neuregelung der Tag- bzw. Grundlöhne zum großen Teil durchgeführt. Ueberall sind indes die Grundlöhne noch nicht erreicht. Soviel aus dem uns vorliegenden Fragebogenmaterial jetzt schon ersichtlich ist, sind in einigen Fällen bessere Lohnverhältnisse eingetreten, und zwar für einzelne Arbeiter bis zu 40 und 50 Pfg. Mehrlohn pro Tag, aber leider nur für einzelne. Neben dem Kuriosum von 5 Pfg. Lohnerhöhung pro Tag (1/4 Pfg. pro Stunde) sind diese Arbeiter voll-

ständig leer ausgegangen. Vielfach hat sich eine einseitige Lohnpolitik geltend gemacht. Diese Frage wird deshalb auch auf der im November stattfindenden Konferenz der staatlichen Hüttenwerke Bayerns eine gründliche Behandlung erfahren müssen. Es liegt im Interesse der Kollegen selbst, soweit sie Fragebogen in Händen haben, dieselben möglichst bald ausgefüllt abzuliefern und sonstiges wichtiges Material zu beschaffen.

Einige Mißstände in Woburnhöhe geben zu spezieller Kennzeichnung an dieser Stelle Anlaß. Zahlreiche Beschwerden der Arbeiter richten sich gegen die Grobheit des Gufmeisters Steinete. Aus seiner Umgangssprache sei nur folgendes registriert: Die Gesellschaft will es nicht anders haben (gemeint sind die Arbeiter); niedergelegt — er Mensch; schere dich zum Teufel usw. Je nach Meinung wird dem Arbeiter eine Arbeit mit besserem Lohnverdienst weggenommen und dafür eine solche mit schlechterem Verdienst angesetzt. Es wurde sogar darüber gelaugt, daß er Arbeiter zum Brockensteinlaufen mitnahm und ließ Ausschub piken wie gewöhnlichen Guf. Arbeiter, die beim Eisenabfassen (Gießerei) beschäftigt sind, werden von genanntem Meister plötzlich weggenommen, ungeachtet der damit verbundenen Unfallgefahr. Trotz dieses Uebermaßes deplazierter Energie konnte er sich nicht die notwendige Autorität verschaffen. Einen Gelben beauftragte der Gufmeister, beim Eisenabfassen einzuhaken. Dieser aber sagte: „Ich mag nicht“, worauf der Meister sagte: „Halten Sie ein, wenn Sie wollen.“ Gelegentlich hielt er St. nicht unter seiner Würde, sich mit einem Lehrling zu rufen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß mit menschenwürdiger Behandlung und mehr Sachkenntnis auch dem Werk mehr gedient ist, als wie mit Grobheit.

Trotz aller Aufpöppelung will es mit dem von Beamten gegründeten Liberalen (tatsächlich mehr gelben als liberalen) Arbeiterverein nicht recht vorwärts gehen. Zu seiner Charakteristik schienen verschiedene Vorkommnisse zu sprechen. Hier nur zwei Beispiele. Ein Arbeiter (Gelber) machte 3 Tage blau, ohne bestraft zu werden, und prahlte dann: „Das soll ein anderer probieren.“ Ein anderer Gelber meinte: „Der Verband ist ganz recht, aber ich muß bei den Liberalen sein, weil ich mir zu viel zu Schulden kommen lasse.“ — Das sind gelbe Erziehungsfrüchte.

Durch ein ganz sonderbares Wahlsystem, oder vielmehr Ernennungssystem sind einige der Gelben Knappschäftskräfte geworden. Auch hier wird noch nach dem Flechten gesehen werden müssen, damit nicht eine Minderheit, sondern die Mehrheit der Arbeiter ihre Vertreter wählt.

Mit der Eröfnerung des Werkes ist die Arbeiterzahl gestiegen. Ein großer Teil steht jedoch dem Verband noch fern. Kollegen, sorgt dafür, daß auch diese Kollegen sich unserm Werk unswägen zur Verwertung ihrer Arbeiterinteressen.

Regensburg. Sozialdemokratische Agitation pragis. Es ist eine bekannte Sache, daß die „Genossen“ bei der Agitation in ihren Mitteln nicht wählerisch sind. So hat auch hier ein Sozialdemokrat versucht, mit dem Hinweis auf die „leere“ Kasse des christlichen Verbandes Mitglieder für den roten Verband zu fangen. Eine dementsprechende Nichtigstellung in der Tagespresse über den Stand der Kassen in den beiden Verbänden ist den Roten arg in die Krone gestiegen. Unter der Ueberschrift „Christliche Prahlhänse“, bringt das Regensburger sozial. Blatt einen langen Artikel, um die Leistungen des christlichen Verbandes herunter und diejenigen des freien Verbandes ins Beste Licht zu setzen. Daß mit Unterthügen allein der Arbeiterstand nicht gehoben werden kann, scheint dem sozialdemokratischen Artikelschreiber nicht bekannt zu sein. Ferner scheint der Betreffende nicht zu wissen, daß die Zahlen über die einzelnen Unterthügen beim roten Verbande höher sein können, ohne daß er deshalb leistungsfähiger zu sein braucht wie der christliche. Die Unterthügungssätze sind in beiden Verbänden gleich hoch, was wohl auch dem Artikelschreiber bekannt sein dürfte. Der „Genosse“ hat zu seiner Berechnung das Jahr 1908 herangezogen. Es wäre ihm nur zu empfehlen, die Begründung zu studieren betreffend Abschaffung der Aussetzung-Unterthügung, welche der freie Verbandsvorstand zur vorjährigen Generalversammlung des roten Verbandes seinen Anträgen mit auf den Weg gab. Der Artikelschreiber schreibt ferner:

„Ihnen denn aber die Christen bei ihrer Prahlerei nicht, daß sie hierbei nur ihre Bedeutungslosigkeit aufdecken und zeigen, wie sie nirgends dabei sind, wenn die freie Gewerkschaft fortwährend den schwersten Kämpfen ausgeht?“

Freisch, Mannheim, Steitin, Bielefeld usw. sind gewiß großartige Kampffelder, wo die „Führer“ das Ausreichen lernen konnten. Derartige Schlachtfelder hat der christliche Verband keine aufzuweisen, weil er es noch nicht nötig hatte, aus Mangel an Mitteln die Kämpfe abzumachen, wie das der rote Verband schon öfter tun mußte. Es soll ferner „Arbeiterverrat“ sein, wenn wir der ansehnlichen sozialdemokratischen Agitationsmethode gegenüber die finanzielle Schwäche des roten Verbandes feststellen. Wenn der Genosse nicht auf dem Mond zu Hause ist, dann muß er wissen, daß man die Arbeitgeber nicht auf die schwache Seite des roten Verbandes aufmerksam zu machen braucht, die studieren die Jahresberichte der Gewerkschaften besser wie die Arbeiter, denn sonst könnten nicht so viele „Genossen“ im Metallarbeiter-Verband von den „Millionen“ sagen, die nicht da sind. Ein Verband, der ein Solingen auf seinem Konto hat, der in der gemeinlichen Weise gegen die kämpfenden Arbeiter in Badisch-Rheinfelden hetzte und mit den Scharfmachern dort durch die und dünn ging, sollte doch nicht anderen Arbeitern Verrat vorwerfen. Die Geschichte der christlichen Gewerkschaften ist der sprechendste Beweis dafür, daß sie stets ehrlich die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Auch die christlichen Metallarbeiter werden sich durch die unehrliche Kampfesweise der Gegner nicht von der Ueberzeugung abbringen lassen, daß ihre Interessen am besten gewahrt werden in einer Organisation, die ihnen auch in Zeiten der Kampfzeit einen festen Rückhalt gewährt durch eine der Mitgliederzahl entsprechende starke Kasse. Die Mitglieder müssen sich aber auch stets schulen und weiterbilden, damit sie nicht von dem Gegner über's Ohr gehauen werden. Des-

halb eifrig die Versammlungen besuchen, daß Verbandsorgan lesen und vor allem in der Organisation nie ermühen. Das ist die beste Antwort auf die unehrliche Praxis, wie sie von vielen „Genossen“ betrieben wird.

Mün. Die Entlohnung unseres Verbandes am Orte und die sich ganz naturgemäß dadurch steigende Arbeit machen es notwendig, den Verkehr auf dem Bureau auf mehrere Stunden täglich einzuschränken, um in der Freizeit dem Lokalbeamten Zeit zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten zu geben. Die Kollegen werden daher gebeten, ihre Geschäfte in der Zeit von 11 1/2 — 12 1/2 Uhr und abends von 6 — 8 Uhr zu erledigen. Ferner muß dringend gebeten werden, den Aufenthalt auf dem Bureau nicht länger anzuhängen, als notwendig ist.

Soziales.

Zentralstelle für Soziale Fürsorge in Frankfurt a. M.

Die mit dem 1. August l. Js. ins Leben gerufene Zentralstelle für soziale Fürsorge in Frankfurt a. Main beabsichtigt, zur Aufklärung der Verhältnisse sowie zur Unterstützung der Arbeiterretäre, Rechtschutzstellen u. neben Veröffentlichungen und Verteilung von Abhandlungen über Rechte und Pflichten der Vericherten, die Herausgabe einer Monatskorrespondenz: „Aus der Praxis der Arbeiterversicherung“.

Die Korrespondenz, welche Arbeitersekretariaten, Rechtschutzstellen, sozialen Zeitschriften u. zur Verwendung in der Presse oder in der Rechtschutzpraxis zur Verfügung gestellt werden soll, wird neben gemeinverständlichen geschriebenen Beiträgen interessante Entscheidungen aus der Praxis der Arbeiterversicherung und des Arbeitsvertrages enthalten. Weiter wird die Zentralstelle an Orten, an denen Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen u. nicht bestehen oder von dort schwer zu erreichen sind, den Mitgliedern der angeschlossenen Vereine, sowie sonstigen unbemittelten Personen mit Rat und Tat zur Seite stehen und eventl. bei der Durchführung begründeter Ansprüche behilflich sein.

Der Jahresbeitrag beträgt für Einzelpersonen 1 Mk., für Vereine, Verbände u. 2 Mk. Bei einem Jahresbeitrag von 3 Mk. erhalten die Mitglieder, abgesehen von der regelmäßigen Zustellung der Monatskorrespondenz, sämtliche Aufklärungsschriften der Zentralstelle zum Selbstkostenpreis.

Zeittitelerklärungen, die auch auf dem Abschnitt der Postanweisung erfolgen können, sowie sonstige Zuschriften werden an den derzeitigen Leiter der Zentralstelle, Herrn P. Richter, Frankfurt a. M., Gumpstraße Nr. 25, erbeten.

Literarisches.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1911

Goeben ist das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911 erschienen. Seinen Vorgängern kann es sich sowohl inhaltlich wie in seinem Aufbau würdig an die Seite stellen. Es wird allen christlichen Gewerkschaftlern ein treuer Ratgeber, eine Fundgrube des Wissens, ein Ansporn für die Arbeit, ein Wegweiser und Dränger für die gewerkschaftliche Praxis sein. Deshalb darf das Handbuch in den Händen keines miterlebenden christlich organisierten Arbeiters fehlen. Aus dem reichhaltigen Inhalt seien folgende Themas besonders hervorgehoben: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909; — Mehr Mitarbeiter; — Aus den Ortskartellen; — Zwanzig Jahre internationaler Arbeiterschub; — Klassenkampf und Gewerkesolidarität; — Christliche Arbeiterbewegung und Staat; — Aus der Reichssozialgesetzgebung; — Von der Berufs- und Betriebszählung.

Der Preis des jedem strebsamen Kollegen unentbehrlichen Handbuchs beträgt wie früher für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 50 Pfg. Zusendungen sind an die Geschäftsstelle des Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 17, zu richten. Am besten wird der Vertrieb in den Poststellen regeltrecht organisiert, damit das Handbuch auch in möglichst alle Hände gelangt und seinen Zweck erfüllt.

Katholisches Arbeiter-Taschenbuch 1911.

Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. Druck und Verlag der Germania, A.-S., Berlin C 2, Stralauerstr. 25. Preis 50 Pfg.

Aus dem reichhaltigen Inhalt, der sich in fünf Kapitel: Lebensweisheit, Arbeitervereine, Gewerkschaftliches, Politik und Soziales abspiegelt, gliedert, heben wir aus dem dritten Teil hervor: Warum fördern wir die christlichen Gewerkschaften? Mangel an Solidarität in den Arbeiterorganisationen; Die gewerkschaftliche Organisation in der Montanindustrie. Der letzte Abschnitt bringt ein reichhaltiges Adressenverzeichnis für den Bereich der christlichen Arbeiterbewegung.

Die Anschaffung des Taschenbuchs, das sich durch seine Vorgänger viele Freunde und einen festen Stamm von Lesern gesichert hat, kann auch diesmal wieder allen katholischen Arbeitern angelegentlich empfohlen werden.

Das „Taschenbuch für Evangelische Arbeiter“

für das Jahr 1911 ist erschienen; es wird durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin NW. 87, Eile Warbenbergstr. 23, zum Preise von 60 Pfg. versandt. Die Evangelischen Arbeitervereine, sowie alle evangelischen Mitglieder der christlichen nationalen Arbeiterbewegung erhalten hier zu überaus billigen Preis ein schmales Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einer Reihe von Aufsätzen und Tabellen genauen Aufschluß gibt und ausgiebigen Raum zu Eintragungen für jeden Tag des Jahres bietet; auch durch eine Fülle praktischer Notizen sich seinem Besitzer nützlich erweist. Es gilt, sich mit der Anschaffung zu beeilen, ehe die Auflage ausverkauft ist.

Briefkasten.

Beger des Feiertags Michaelis am Dienstag den 1. November muß für die nächste Nummer schon am Samstag, den 29. Oktober Erbfuß der Redaktion gemacht werden. Alle Einsender von Artikeln resp. Notizen möge dies beachten.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftige Grund keine Versammlung!

Münster. Samstag, den 20. November, abends 1/8 U außerordentliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Referent: Kollege Wagner-München. Sonntag, den 30. Oktober, vormittag 1/10 Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlung. Thema: „Die letzten wirtschaftlichen Kämpfe und was lehren sie uns?“ Kollege erscheint vollständig in beiden Versammlungen! Bringt indifferente Kollegen mit.

Auffeld. Sonntag, den 6. November, abends 8 Uhr, Versammlung bei Singe. Berichterstatterin von der Bezirkskommission in Solbeseim. Quartalsabrechnung. Die Lohnbewegung am Rhein. Die Frauen sind herzlich eingeladen.

Augsburg. Samstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr Versammlung in der „Goldenen Glode“. Geschäftsbericht vom Quartal.

Dvg.-Meldebach. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittag 4 Uhr bei Kaiseramp, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Dvg.-Groschmann. Sonntag, den 6. November, morgen 11 Uhr bei Bremerius Sittartzberg, Versammlung mit Vortrag.

Dvg.-Laar. Sonntag, den 30. Oktober, abends 6 1/2 Uhr bei Hansen Kaiserstr. Außerordentliche Versammlung mit Frauen Referent: Kollege Geramann.

Dvg.-Rheinhausen. Sonntag, den 30. Oktober, abends 6 Uhr bei Neßl, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Düsseldorf-Rattlingen. Samstag, den 29. Okt., abends 8 1/2 Uhr. Mit Ueber-Versammlung bei Wolff, Wahnstr.

Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 30. Oktober, vormittag 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Schulen, Wälfster- und Struchstr. Ecke.

Düsseldorf-Derendorf. Sonntag, den 6. November vorm 11 Uhr im Lokale Duerling, Wälfster- und Barbarastraßen-Ecke. Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht!

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Am Sonntag, den 1. November findet im großen Saal des Pauluskonzert die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Essen-Nord-Schürbeck. Sonntag, den 30. Oktober morgen 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Müller am Wälfsterplatz, Westend. Wichtigste Tagesordnung. Bei Kollege darf kein n.

Essen-Kleinwerbe. Samstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19.

Essen-Steels-Kran. Samstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Leebonn, früher Porzellan in Steele.

Esslingen. Samstag, den 5. November findet in der „Alten Krone“ Versammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Anfangspunkt 8 Uhr. Es darf keiner fehlen.

Essenkirchen-Schaife. Sonntag, den 30. Oktober, vormittag 11 Uhr, bei Wenner.

Gladbek. Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 4 Uhr bei Nothpe. (Christl. Gewerkschaftshaus)

Halbe. Samstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Brinker, Köhnerstr., Versammlung mit Vortrag eines auswärtigen Redners. Unorganisierte mitbringen.

Harz-Gmscher. Sonntag, den 30. Oktober, vorm. 11 Uhr bei Düsing.

Hagen-Altenhagen. Sonntag, den 6. November, abends 7 Uhr bei Steinhaus (vorm. Schnettler). Versammlung mit Frauen. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen. Unorganisierte mitbringen.

Hüsten. Sonntag, den 30. Oktober abds. 6 Uhr öffentl. Versammlung bei Damm. Referent: Kollege Wernerus-Duisburg.

Hüsten. Sonntag, den 29. November, 6 Uhr nachmittags im Kaiseraal, allgem. Arbeiter-Familienfest. Auswärtige Kollegen sind eingeladen.

Karlsruhe. Samstag, den 29. Oktober, abends 1/2 9 Uhr Versammlung in der Rest. Seithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Beker aus Wälf.

Menden-Solzen. Sonntag, den 30. Oktober, morgens 10 1/2 Uhr beim mit Kallhoff Versammlung. Referent: Kollege Wernerus-Duisburg.

Mülheim-Nähr. Sonntag, den 13. November, morgens 11 1/2 Uhr, bei Süder, Froschenteich, Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Mülheim-Ethrum. Samstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Johann Beck, Mühlstraße.

Mülheim-Saarn. Sonntag, den 20. November, morgens 11 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Riendahl, Hauptstraße.

Müschede. Sonntag, den 30. Oktober, 10 1/2 Uhr, vorm. Versammlung bei Hoffmann.

Neunkirchen. Bez. Trier. Sonntag, den 30. Oktober, im Stern, Vahnsch Schlenpi, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Mettenhofer. Unorganisierte mitbringen.

Neheim. Sonntag, den 13. November, 2 Uhr nachmittags Versammlung im Sellenhanne. Vortrag eines auswärtigen Kollegen.

Ortöverwaltung Oberhausen - Mülheim - Sterkrade. Mittwoch, den 16. November, 8 Uhr und Vortrag, nachmittag 4 Uhr Generalversammlung bei Kemmerling in Oberhausen, Ecke König- und Düppelstraße.

Pieperscheid. Sonntag, den 6. November, vorm. 11 Uhr bei Fritz Komann.

Schaffersried. Samstag, den 12. November, abends 8 Uhr Vortrag über sozialen Klassenkampf.

Stettin. Sonntag, den 6. November, nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Schulzowsky, Blumenstr. 16, Ecke Logen alten Sterkrade. Am Freitag, den 28. Oktober bei Heinrich Landwehr, Voltenstr. 1, Mitgliederversammlung.

Wallau. Samstag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Heinrich Henkel, XIV. Wardlands- und Vertrauensmänner Versammlung. Alle Mitglieder haben Zutritt. Die Bücher der Bibliothek sind bis dahin an den Vorsitzenden zurückzugeben.